Nr. 25. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 2,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,30 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 26. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Bonar Law und Tisza zur Wilson-Botschaft.

Krieg aus Friedensliebe.

Die Rede, die Bonar Law namens des englischen Kabinetts am 24. Januar in Bristol gehalten hat, zeigt, daß auch die englischen Kriegstreiber — so wenig sie ihr Ziel aus dem Auge lassen — genötigt sind, auf jene Volksstimmungen Rücksicht zu nehmen, die das deutsche Friedensangebot und die wiederholten Botschaften Wilsons wachgerüttelt haben. „Die Herzen unseres Volkes sehnen sich nach dem Frieden", sagt Bonar Law und seine ganze Beweisführung läuft darauf hinaus, daß man nur aus Friedensliebe gezwungen gewesen sei, das deutsche Friedensangebot abzulehnen, daß man aus lauterer, reinster Friedensliebe den Krieg weiter fortführen müsse.

Es wird aber auch in England Leute geben, für die Bonar Laws Gedankengänge nicht ganz beweiskräftig sind. Der englische Minister versichert, man habe den von Deutschland angebotenen Frieden ablehnen müssen, weil ihn die Deutschen als Sieg begrüßt haben würden. Auch in England dürfte man wissen, daß zwar nicht die besten, aber doch die lautesten Deutschen von einem jetzt zu schließenden Frieden alles andere erwarteten, als einen deutschen Sieg, und daß sie das Vorübergehen der sogenannten „Friedensgefahr" mit einem jauchzenden „Lloyd George sei Dank!" aufnahmen. Ein Sieg jenes Deutschlands, das Bonar Law seinen Hörern vorstellte, eines Deutschlands, das angreift, um zu erobern, wäre dieser Frieden „der gegenseitigen Achtung und vollkommenen Gleichberechtigung" ganz gewiß nicht geworden.

Der Frieden, sagt Bonar Law weiter, würde die „deutsche Militärmaschine" ungeschwächt gelassen haben. Ein schlechtes Zeugnis für die Alliierten, daß es ihnen in 2½ Jahren nicht einmal gelungen ist, die „deutsche Militärmaschine" zu schwächen! Aber auch wieder — so wie Bonar Law es versteht — ein falsches Zeugnis: denn die „Militärmaschine" ist in allen Ländern geschwächt, und in keinem wäre es nach den Erfahrungen des Krieges möglich, das Militär rein „maschinenmäßig" in Betrieb zu setzen. Die deutsche „Militärmaschine" würde trotz ihrer Vollendung auch heute nicht funktionieren, erhielte sie nicht ihre Triebkraft aus der allgemeinen Ueberzeugung, daß sich das deutsche Volk gegen die Vernichtungsabsichten seiner Gegner verteidigen muß. So schlingt sich eins ins andere: Hindenburg ist nur der Maschinenmeister, am Kessel stehen aber die Verfasser der Ententeantwort an Wilson und — heizen!

Bonar Law sagt weiter: „Der Frieden würde die Herrschaft über diese Militärmaschine in den Händen von Männern lassen, welche sie Generationen hindurch zum Kriege bereitmachten, und diese Vorbereitungen würden von neuem beginnen. Sie würden wieder den ihnen günstigsten Zeitpunkt wählen, um die Welt mit gleichen Greueln zu überziehen, wie wir sie jetzt erleben."

Wir wollen mit Bonar Law über die „Männer" und ihre Absichten nicht reden, aber wir fragen: Woher weiß der Mann das so genau? Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Krieg in allen Ländern sehr bedeutende Machtverschiebungen hervorrufen wird, und daß er den Einfluß des Volkes, gerade in seinen friedliebendsten Teilen, auf die Staatsgeschäfte gewaltig vermehren wird. Mag man in England von den „Männern" wie immer denken, von den Massen des deutschen Volkes, in deren Namen wir reden, weiß man auch drüben, daß sie den Krieg nie gewollt haben, daß sie ihn auch heute nicht wollen und daß sie nur kämpfen, weil sie sich nicht von fremden „Militärmaschinen" zerschmettern lassen wollen.

Es ist eine beleidigende Unterstellung, wenn man das deutsche Volk als eine Schachtel hirnloser Puppen schildert, die einige verbrecherische Drahtzieher auf ihren Drähten tanzen lassen. Und wollte man diese Beschimpfung schon für die Vergangenheit hinnehmen, was berechtigt den englischen Minister, seine Hörer in den Glauben zu versetzen, wir in Deutschland wären für alle Zukunft dazu verurteilt, das willenlose Spielzeug in der Hand von Machthabern zu bleiben, die nur daran denken, „die Welt nochmals mit den gleichen Greueln zu überziehen"? Sollen wir nie imstande sein, uns auf die Höhe der Intelligenz und der sittlichen Weltauffassung zu erheben, auf der sich nach Bonar Laws Ueberzeugung z. B. die Engländer befinden!?

Es wäre gewiß kindisch zu glauben, man könne den Kriegswillen der englischen Regierung durch Widerlegung der Ungereimtheiten erschüttern, die ihre Minister zum besten geben. Denn dieser Kriegswille entspringt nicht einer bestimmten Art von Beweisführung, sondern umgekehrt, die Beweisführung wird vom Willen diktiert und — Gründe sind billig wie Brombeeren in der Friedenszeit.

Aber interessant ist es doch zu zeigen, welches Luftgebäude willkürlicher Behauptungen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein englischer Minister heutzutage errichten muß, um seine Theorie des Krieges aus purer Friedensliebe seinen englischen Hörern plausibel zu machen. Denn: „die Herzen unseres Volkes sehnen sich nach Frieden", sie sehnen sich so sehr nach Frieden, daß der konservative Minister versichern muß, England wolle diesen Greueln ein Ende machen „nicht aus Eroberungslust oder aus dem Wunsche nach glänzenden Siegen". Aber die deutsche Regierung wollte doch diesen Greueln ein Ende machen durch den Frieden, und Bonar Law muß seinen Hörern beweisen, daß man ihnen ein Ende machen kann — nur durch neue Greuel, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen!

Das allerschlimmste Loch hat aber die Beweisführung Bonar Laws dort, wo sie sich direkt gegen die Friedensbotschaft Wilsons wendet. Der gesicherte Frieden, versichert er, „ist auch unser Ziel, unser einziges Ziel". Nun beruht der gesicherte Frieden nach Wilsons Vorschlag auf einer Friedensliga, für deren Bestand auch Amerika mit die Garantie übernehmen würde. Jedermann erkennt, daß diese Garantie vollkommen ausreichend sein müßte, da gegen einen derartigen Friedensbund der Weltstaaten kein Friedensstörer aufkommen kann. Trotzdem sieht Bonar Law den Frieden noch immer nicht gesichert genug, er will ihn noch weiter „sichern" — durch weiteren Krieg.

Darin liegt eine verletzende Zurückweisung des amerikanischen Garantieangebots, aber durchaus keine Widerlegung der unwiderleglichen Behauptung Wilsons, daß nur der Frieden Dauer verspricht, der ohne Demütigung eines der beiden Streitteile geschlossen wird. Bonar Law behauptet, den Frieden Wilsons als „einziges Ziel" anzustreben, er geht aber zugleich darauf aus, die Voraussetzungen zu zerstören, auf denen ein solcher Frieden allein möglich ist. Denn auch er gehört zu den Mitverantwortlichen jener Ententeantwort an Wilson, jener wahnwitzigen Forderungen, deren Aufstellung den Frieden unmöglich macht, deren Erfüllung aber auch die Aufrechterhaltung des Friedens in der Zukunft unmöglich machen müßte.

An der Rede Bonar Laws ist so ziemlich alles schief und verkehrt bis auf den einen Satz, der unzweifelhaft richtig ist, weil ihn jeder Minister jedes Landes genau so hätte aussprechen können:

Die Herzen unseres Volkes sehnen sich nach dem Frieden!

Die Rede Bonar Laws.

London, 25. Januar. (Reuter.) In einer Versammlung in Bristol hat Bonar Law am Mittwoch abend, wie man annimmt im Namen des Kabinetts, auf die Botschaft Wilsons die folgende Antwort erteilt:

Das Ende des Krieges ist der Frieden. **Deutschland hat uns ein Friedensangebot, wie es das zu nennen beliebte, gemacht;** es hat darauf von den Regierungen der alliierten Staaten die Antwort erhalten, die möglich war. Die meisten von Ihnen haben wohl die Rede des Präsidenten Wilson gelesen, die gestern in den Zeitungen abgedruckt worden ist. Es ist eine offene Sprache, und es ist richtig, daß jedes Mitglied einer Regierung der Alliierten, das darüber redet, mit gleicher Offenheit spricht.

Es ist unmöglich, daß Wilson die Fragen von demselben Gesichtspunkte aus betrachtet wie wir. Das Haupt einer großen neutralen Nation muß, was auch seine privaten Ansichten sein mögen — und ich weiß ebensowenig wie irgendeiner von Ihnen, was für welche er hat —, eine neutrale Haltung annehmen. Amerika befindet sich sehr weit entfernt von den Schrecken dieses Krieges, wir befinden uns mitten darin. Amerika ist neutral, wir nicht. Wir glauben, daß die Hauptfrage in diesem Kriege die ist, die so alt ist, als es eine Zietrechnung gibt, der Unterschied zwischen Recht und Unrecht. Wir glauben und wir wissen, daß dieser Krieg, der Krieg unverhüllter Angriffslust ist, daß die Verbrechen in der Kriegführung, die seit Jahrhunderten der Welt unbekannt gewesen sind, klein erscheinen im Vergleich mit dem Grundverbrechen, die Welt durch kaltblütige Berechnung in den Krieg zu stürzen, weil diejenigen, die dafür verantwortlich sind, glaubten, er würde sich bezahlt machen.

Die Rede des Präsidenten Wilson hat zum Ziel, jetzt Frieden zu erreichen und für die Zukunft den Frieden zu sichern. **Das ist auch unser Ziel und unser einziges Ziel.** Er hofft, den Frieden durch einen Friedensbund zu sichern, und er hat nicht nur für einen solchen Bund gesprochen, sondern er versucht auch, den amerikanischen Senat dazu zu bringen, die zu seiner Verwirklichung nötigen Schritte zu unternehmen. Es wäre unrecht, diesen Vorschlag als völlig utopisch anzusehen. Sie wissen, daß das Duell sich fast bis in unsere Tage hinein erhalten hat, und ebenso wie die Erledigung privater Streitfragen durch das Schwert jetzt undenkbar geworden ist, so glaube ich, können wir hoffen, daß die Zeit kommen wird, in der alle Nationen der Welt die Rolle spielen werden, die Cromwell als seinen Lebenszweck bezeichnete, die Rolle des Polizisten, der für Ruhe in der Gemeinde sorgt.

Diese Zeit wird, so hoffe ich, kommen. Aber diese ganze Frage ist keine abstrakte Zukunftsfrage, sondern sie ist eine **Frage auf Leben und Tod in der Gegenwart.** Bei Beurteilung der Frage, ob dieses Ergebnis auf dem von Präsident Wilson vorgeschlagenen Wege erreicht werden kann, können wir unmöglich die Vergangenheit vergessen. Seit Generationen haben menschlich denkende, gutgesinnte Männer in allen Völkern danach gestrebt, durch die Haager Konventionen, durch die Friedenskonferenzen und auf alle mögliche Weise den Krieg unmöglich zu machen oder wenigstens die Schrecken des Krieges zu mildern.

Wenn ein Krieg ausbricht, wodurch können diese gegen die Barbarei errichteten Schranken aufrechterhalten werden? Von den Kriegführenden können sie nicht aufrechterhalten werden, wenn es einem von ihnen beliebt, sie außer acht zu lassen. Nur die neutralen Staaten können ihre Wirksamkeit sichern.

Wie ist es gewesen? Unmittelbar bei Ausbruch des Krieges haben die Deutschen auch jede dieser Schranken beiseite gefegt. Sie haben Verträge zerrissen, die sie selbst feierlich unterschrieben hatten. Sie haben in der offenen See Minen ausgelegt. Sie haben zu Wasser und zu Lande jedes Verbrechen gegen die Haager Konvention, die sie selbst unterzeichnet hatten, begangen. Sie haben gegen Frauen und Kinder Krieg geführt. Sie haben Neutrale ebenso rücksichtslos getötet wie ihre Feinde. In diesem Augenblick sind sie dabei, die Bevölkerung eroberter Gebiete in Sklaverei zu schleppen, und, schlimmer selbst als das, sie veranlassen Unterlanen ihrer Feinde dazu, gegen ihr eigenes Land die Waffen zu ergreifen.

Alles das ist geschehen, und kein Neutraler ist imstande gewesen, dem ein Ende zu machen. Nicht einmal ist von einer neutralen Macht ein Protest dagegen erhoben worden. Wir müssen also andere Wege einschlagen, wenn wir in Zukunft den Frieden der Welt sichern wollen. Wir haben das deutsche Angebot, in Verhandlungen einzutreten, abgelehnt, nicht aus Eroberungslust oder weil uns nach glänzenden Siegen verlangt; wir haben es zurückgewiesen nicht aus haßerfülltem Geist oder aus Rachsucht, sondern weil ein Frieden, der jetzt geschlossen würde, ein Frieden wäre, der auf einem **deutschen Siege** beruhen würde; es wäre ein Frieden, der die militärische Maschine ungebrochen ließe, und wir würden auf dem halben Wege zu dem Erfolge ihrer Entkreisung stehen bleiben. Der Friede würde diese Maschine in den Händen von Menschen lassen, die sich seit Generationen auf den Krieg vorbereitet haben, die dieselben Vorbereitungen wieder treffen und die ihnen passende Zeit wählen würden, um die Welt von neuem in die Schrecken zu stürzen, die wir jetzt erleben.

Unser Ziel ist dasselbe wie das des Präsidenten Wilson. Wonach er sich sehnt, darum kämpfen wir, dafür setzen unsere Söhne und Brüder ihr Leben ein, und wir gedenken die Sicherheit dafür zu erlangen. **Die Herzen des Volkes in unserem Lande sehnen sich nach Frieden.** Wir beten für einen Frieden, der uns die wohlbehalten zurückbringt, die unsere Schlachten schlagen, und einen Frieden, der bedeutet, daß die, die nicht zurückkehren, ihr Leben nicht umsonst dahingegeben haben.

Tisza zu Wilsons Botschaft.

In der am 24. Januar abgehaltenen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellierte der Abgeordnete Lovaszy von der Karolyipartei, die schon vor dem Kriege eine einseitige Zuspitzung der europäischen Lage vermeiden wollte, um Ungarn den Zugang auf die großen westeuropäischen Geldmärkte freizuhalten, über die Friedensbemühungen Wilsons und seine letzte Botschaft.

In der Begründung der Anfrage erklärte Lovaszy: Wir haben ehrliche Friedensabsichten. Bei den kriegführenden Völkern, wie bei den Neutralen würde eine Gegenüberstellung unserer entgegenkommenden Bedingungen und der überspannten der Entente eine gute Wirkung ausüben. Auch die Vorschläge Wilsons zum Weltfrieden, zur Abrüstung und zu dem Recht der kleinen Völker seien der Erwägung wert. Er frage daher an, ob die ungarische Regierung auf die Zentralmächte dahin wirken wolle, daß die Grundsätze der Botschaft Wilsons als Basis für die Friedensverhandlungen genommen werden?

Der Abgeordnete Lovaszy hat in seiner Anfrage nur die praktische Nutzanwendung aus der Haltung der besonnenen Presse der Mittelmächte gezogen, die die Vorschläge Wilsons zwar nicht ohne weiteres mit Absichten und Zielen des Vierbundes gleichstellte, sie aber als diskutabel erklärte.

Graf Tisza widersprach dem Interpellanten nicht. Er erklärte vielmehr unter lebhafter Zustimmung, daß Ungarn nur mit Sympathie jedes Bestreben begrüßen kann, welches auf die Herstellung des Friedens gerichtet ist.

„Wir sind geneigt, den Gedankenaustausch bezüglich des Friedens mit der Regierung der Vereinigten Staaten weiter fortzusetzen. Dieser Gedankenaustausch muß naturgemäß im Einvernehmen mit unseren Verbündeten geschehen."

In der Fortsetzung seiner Rede polemisierte der ungarische Ministerpräsident gegen den Zehnverband, der trotz Rußland munter das Banner des Nationalitätenprinzips schwenkt.

„In solchen Territorien, auf welchen verschiedene Volksstämme und Nationen gemischt wohnen, ist es unmöglich, daß jeder einzelne Volksstamm einen Nationalstaat bilde. Dort kann nur ein Staat

geschaffen werden ohne nationalen Charakter, oder dasjenige Volk drückt dem Staate den nationalen Stempel auf, welches seiner Zahl und seinem Gewicht nach vorherrscht. Unter solchen Umständen ist daher nur jene beschränkte Geltendmachung des Nationalitätenprinzips möglich, welche der Präsident der Vereinigten Staaten richtig ausdrückt, indem er folgende Forderung aufstellt: Man muß für jedes Volk Sicherung des Lebens, des Gottesdienstes und der individuellen und sozialen Entwickelung schaffen. Ich glaube, daß diese Forderung nirgend in solchem Maße verwirklicht wird wie in den beiden Staaten der Monarchie und auch in dem einen kräftigen nationalen Charakter besitzenden ungarischen Staate."

Graf Tisza hat vorweggenommen, was der Frieden und die Neubildung der Donaumonarchie hoffentlich bringen wird: die rechtliche Organisation aller Nationen des vielsprachigen Staates, ihre Anerkennung und Gleichberechtigung im politischen Leben und in der Verwaltungspraxis. Durch Erfüllung dieser unerläßlichen Voraussetzungen wird Oesterreich-Ungarn ein Vorbild für die Anerkennung des großen nationalen Prinzips werden. Graf Tisza versichert seinen ehrlichen Willen zu dieser gewaltigen Reform der Zukunft:

„Wir fühlen uns vollständig eins mit den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten und jetzt verlesenen Forderungen, und wir werden bestrebt sein, daß in dem in unserer unmittelbaren Nähe liegenden Gebiete dieses Prinzip (das nationale Prinzip) möglichst verwirklicht werde. Ich kann nur wiederholen, daß wir getreu unserer traditionellen auswärtigen Politik, getreu unserem, in unserer Friedensaktion eingenommenen Standpunkte, im Verein mit unseren Bundesgenossen bereit sind, alles zu tun, was den Völkern Europas die Segnungen eines dauernden Friedens sichert."

Die Rede Tiszas läßt darauf schließen, daß die Mittelmächte gewillt sind, ihre Verteidigung weiter fortzusetzen, ohne den bisherigen Kurs ihrer Kriegspolitik zu ändern, daß sie wie in der Abwehr feindlicher Eroberungspläne so auch in ihrem Willen zum Frieden beharren wollen.

Der Eindruck der Wilson-Botschaft in Amerika.

Für die europäischen Länder besteht die Bedeutung der Botschaft Wilsons in dem Gewicht, das sie für das Entweder-Oder von Krieg und Frieden haben kann, und da bleibt es auch nach den heute bekannt werdenden Aeußerungen der Presse bei dem gestern Gesagten: man nimmt die Rede mit Anstand auf und läßt sich im übrigen nicht ernstlich auf die Ansicht ein, als könnte die Rede die Kraft haben, die gewaltige Frage des Tages in ein anderes Gleise zu heben. Für die Vereinigten Staaten hat die Botschaft aber noch eine besondere Bedeutung, die sich in den amerikanischen Meldungen alsbald abzeichnet. Ein Newyorker Funkspruch vom Vertreter des Wolff-Bureaus sagt:

Wilsons heutige Rede vor dem Senat kam unerwartet, unangemeldet und überraschend. Sie war eine der bedeutsamsten Erklärungen, die sich mit der Frage beschäftigte, ob die Vereinigten Staaten von ihrer traditionellen Politik der Isolierung und des Nichteingehens von Bündnissen abgehen, und an einem Weltbunde zur Erhaltung des Friedens nach dem Kriege teilnehmen sollten.

Wilson sprach ungefähr eine Stunde lang. Senat und Galerien waren überfüllt und lauschten andächtig. Als der Senat sich wieder den gewöhnlichen Geschäften zuwandte, sagte Senator La Follette: „Wir haben soeben sehr wichtige Stunden im Leben der Welt durchlebt."

Während bisher keine redaktionellen Kommentare zu erlangen spiegelt sich der von der Rede gewonnene Eindruck darin wider, daß die New Yorker Blätter Wilsons Verlangen nach der Freiheit der Meere hervorheben. Die Rede wird als Beweis angesehen, daß Wilson nicht die Absicht hat, die Verhandlungen über den Frieden fallen zu lassen oder ein passiver Beobachter bei dessen Besprechungen zu werden.

Nach einem Bericht aus New York wird gegen die Botschaft Wilsons hauptsächlich eingewendet, daß Amerika bei einem zukünftigen Krieg in Europa in den Mahlstrom der Kriegsrüstungen hineingezogen werden könnte. Es gibt Stimmen, die die Botschaft überschwenglich rühmen: als das Zutreffendste und Edelste, was seit der Unabhängigkeitserklärung von einem Staatsmann der Union geredet wurde. Es fehlt aber auch nicht an Aeußerungen, die das Erhabene in den Staub ziehen. Denn Roosevelt will nach holländischer Meldung in der Rede lediglich den Wunsch der Regierung Wilsons sehen, ihre jämmerliche Schwäche und Angst zu verbergen.

Der Eindruck auf den englischen Liberalismus.

Haag, 25. Januar. Havas meldet aus London: Es ist nicht zu leugnen, daß die Botschaft Wilsons an den Senat einen tiefen Eindruck auf die englische Stimmung gemacht hat und besonders auf den liberalen Idealismus, der in der Entwickelung der politischen Geschichte Englands so spezifisch englisch gewesen ist, und für den die Rede des Präsidenten Wilson ein glänzendes Vorbild liefert. Doch verfehlt sie auch bei den liberalsten Geistern ihre Wirkung in dem Maße, indem sie Wilsons Idealismus auf die verwickelte Wirklichkeit des heutigen Europas angewendet wissen will.

Frankreich und Wilson.

Kopenhagen, 25. Januar. Wie „Politiken" aus Paris meldet, wird in dortigen offiziellen Kreisen die Botschaft Wilsons mehr als das Vorspiel zu bevorstehenden Erörterungen und einem neuen Austausch der Gesichtspunkte für den Frieden angesehen, wie als Bericht über einen endgültigen Plan. Allgemein wird hervorgehoben, daß die neue Politik Amerikas, die durch den Satz über die Monroedoktrin charakterisiert wird, den Anlaß zu einem sehr erregten parlamentarischen Feldzuge geben dürfte.

Senatsdebatte über Wilsons Botschaft.

Washington, 25. Januar. (T. U.) Im Senat beantragte der Senator Cummings, der notwendigen Besprechung der Rede Wilsons eine volle Woche zu widmen. In der Begründung seines Antrags erklärte Cummings, daß die Darlegungen des Präsidenten Wilson zweifellos die bedeutendsten seien, die jemals von einem Präsidenten der Vereinigten Staaten gemacht worden wären. Der Senat müsse die Gedankengänge des Präsidenten, seien sie nun richtig oder falsch, jedenfalls aufs eingehendste besprechen. Offen und mutig sei der Präsident vor den Senat getreten. Wenn nun die Senatoren ihrerseits nicht ihre Meinung zu den vom Präsidenten berührten Problemen aussprächen, so könne das wohl von manchen Seiten so ausgelegt werden, als ob der Präsident den Senat nur als eine Art Sprachrohr habe benutzen wollen, um seine Anregungen den fremden Regierungen und der ausländischen Presse mitzuteilen. Cummings bemerkte zum Schluß, daß wohl niemand dem Präsidenten einen solchen Mißbrauch der Rechte des Senats unterstellen werde. Stone, der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, wandte sich gegen den Antrag Cummings mit der Begründung, daß der genannte Antrag zwecklos und nur zeitraubend sei. Neues würde der Präsident durch die Debatte doch nicht erfahren. Einen ähnlichen Standpunkt wie Stone vertrat Senator Weeks. Weeks ging so weit, zu behaupten, daß Wilson den Senat nur dazu benutzt habe, um seine Friedensideen der Welt in großem Stile mitzuteilen. Senator Sherman nannte die Rede eine verspätete Wahlrede, die sozusagen vom „Throne" herab gehalten worden sei. Der Antrag Cummings wurde schließlich abgelehnt.

Der „Avanti" und die Wilson-Note.

Lugano, 25. Januar. (T. U.) Der Abgeordnete Turati beschwerte sich telegraphisch beim Justizminister Orlando wegen der Unterdrückung der Besprechung des „Avanti", indem er erklärte, da die Botschaft Wilsons eigentlich nur Gedanken und Wünsche wiederhole, die bereits von italienischen Sozialisten in Anträgen im Parlamente geäußert wurden, stelle die Zensurierung den Gipfel des Grotesken dar. Der römische Korrespondent des „Avanti" erklärt, die Botschaft habe in den politischen Kreisen Roms tiefen Eindruck gemacht und werde als der Vorläufer einer neuen Friedensaktion Wilsons betrachtet. Viel Beachtung finde namentlich der präzise Absatz über die Freiheit der Meere.

Der Krieg auf den Meeren.

Der Fall „Ursula Fischer".

Amsterdam, 24. Januar. „Algemeen Handelsblad" zufolge sind die Gründe, aus denen die niederländische Regierung dem deutschen Handelsdampfer „Ursula Fischer" aus Zeebrügge nicht gestattete, über die Schelde nach Antwerpen zu fahren, noch nicht bekannt. Der „Middelsburgsche Courant" glaubt, daß dem Dampfer die Reise deshalb untersagt wurde, weil er ein erbeutetes englisches Handelsschiff sei und weil die niederländische Regierung der britischen Regierung seinerzeit auch nicht gestattet habe, die deutschen und österreichischen Schiffe, die sich zu Beginn des Krieges in Antwerpen befanden, über die Schelde nach England zu bringen.

Bewaffnete Handelsschiffe und Panamakanal.

Washington, 24. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Kriegsamt hat verfügt, daß Handelsschiffe, die ausschließlich für die Verteidigung bewaffnet sind und den Panamakanal benutzen, ebenso behandelt werden sollen, wie andere Handelsschiffe.

„U 56" nicht versenkt.

Berlin, 25. Januar. Der Kommandant des kürzlich in Cadix eingelaufenen englischen Zerstörers „Delphin" behauptet, am 14. Januar, 8 Uhr morgens, 14 Seemeilen westlich von Huelva das deutsche U-Boot 56 versenkt zu haben. Es wird hiermit festgestellt, daß weder U 56 noch ein anderes deutsches U-Boot in Frage kommt.

Versenkt. Lloyds meldet, daß der englische Fischdampfer „Lucy" versenkt wurde. Die englischen Fischdampfer „Gladys" und „Star of the Sea" sind wahrscheinlich versenkt worden. Lloyds meldet ferner als versenkt das englische Fischerfahrzeug „Ethel" und den holländischen Dampfer „Holland". Die Mannschaft des Dampfers „Holland" wurde gerettet. Der Dampfer „Tremendour" wurde von einem Unterseeboot versenkt, die Besatzung wurde gerettet.

Die Zwangsbefrachtung neutraler Schiffe.

Kristiania, 24. Januar. „Verdensgang" bezeichnet die „Zwangsbefrachtung" der griechischen Schiffe als einen sehr starken Eingriff der britischen Regierung in die Rechte eines neutralen Landes, weshalb alle neutralen Länder allen Grund hätten, die Sache mit Interesse zu verfolgen.

Männersuche in Frankreich und England.

Die ungeheuerlichen Kriegsereignisse, die das Jahr bringen soll, wirken in den fieberhaften Anstrengungen, den letzten Mann an die Front zu holen, voraus. Nach Lyoner Meldungen brachte Besnard am Dienstag in der französischen Kammer einen Gesetzesantrag über eine Nachmusterung ein. Die Regierung verlangte dringliche Behandlung der Vorlage. Sie wurde dem Kammerausschuß überwiesen.

In Zusatzanträgen zeigt sich, daß die Vorlage nicht ohne Kampf ihren Weg machen wird. Nach Lyoner Blättern sind vier Zusatzanträge eingereicht worden, in denen die Befreiung aller zur Territorialarmee gehörenden Mannschaften von der Nachmusterung verlangt wird. Die Vorlage will nur die während des Krieges schwer Verwundeten und Pensionsberechtigten von der Nachmusterung befreit lassen.

Zu den Blättern, die Widerstand leisten, gehören auch „Journal" und „Evenement". Sie erklären, Frankreich habe bedeutend mehr Verluste gehabt als seine Verbündeten. Deshalb sollten diese Soldaten schicken, statt daß man in Frankreich nachmustere. General Malleterre erklärt in „France Militaire", daß durch die Nachmusterung kaum einige tausend Mann gefunden werden würden.

Von den englischen Bemühungen, neue Heere aus der Bevölkerung herauszustampfen, zeugt folgende amtliche Meldung des Reuterschen Bureaus: „Künftig werden die jungen Männer statt wie jetzt im Alter von 18 Jahren und sieben Monaten im Alter von 18 Jahren zur Ausbildung im militärischen Landesverteidigungsdienst aufgerufen werden. Es wird keiner bis zum 19. Jahr außer Landes verwandt werden. Der Zweck der Maßnahme besteht einfach darin, das Bedürfnis nach älteren Männern und gesundheitlich schwächeren Kategorien einzuschränken."

Lovat Fraser schreibt in „Daily Mail": „Die allergrößte Notwendigkeit sind Männer für die Front. Alles andere ist gleichgültig, selbst eine vollständige Zufuhr von Lebensmitteln für die Inlandsbevölkerung kommt erst in zweiter Linie. Die Zivilbevölkerung in Deutschland muß sich dort seit mehr als einem Jahre Entbehrungen auferlegen und Deutschland kommt doch weiter. Dieses ist unser Schicksalsjahr. Wir können niemals hoffen, im Felde stärker zu sein als wir in diesem Jahre sein werden. Um den Krieg zu gewinnen, brauchen wir augenblicklich jeden entbehrlichen Mann. Was nutzt es, volle Mägen zu haben, wenn wir nicht den Krieg gewinnen?"

Wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, werden jetzt die englischen Bergleute, die seit dem 14. August 1915 in Kohlenbergwerken beschäftigt sind, soweit sie dienstpflichtig sind, unter die Fahnen gerufen. Auch die Tagearbeiter, die während der letzten drei Monate ohne besonderen Grund durchschnittlich zwei Arbeitstage in der Woche versäumten, müssen den Kriegsrock anziehen. Alle Mittel, die die Heeresziffer emportreiben können, lassen die englischen Kriegstreiber spielen: den nationalen Appell und die Peitsche, die mit dem Schützengraben straft.

Die Stimmung der Iren.

Rotterdam, 24. Januar. Nach hier eingetroffenen englischen Blättern ist es in einer politischen Versammlung in Limerick (Irland) zu einer englandfeindlichen Kundgebung gekommen, die die Polizei zum Einschreiten veranlaßte.

Wie T. U. aus London meldet, hatte die Versammlung, in der drei englische Parlamentsmitglieder sprechen sollten, den Zweck, den Vorschlag, alle Mieten um 20 Proz. herabzusetzen, einer Erörterung zu unterziehen. Als die Versammlung eröffnet wurde, begann man Lärm zu schlagen, weil sich unter den Rednern das Parlamentsmitglied Lundy befand, der im Unterhause über die Entwaffnung der irischen Freiwilligen eine Rede gehalten hatte. Es wurden Schmähreden laut, und man rief: Gedenkt der Osterwoche! Mit Stöcken bewaffnete junge Leute stürzten auf die Rednertribüne und verletzten Lundy, der sich mit einem Stuhle verteidigte. Die Polizei machte dem Tumult ein Ende.

Irland — eine Kriegsfrage für die Entente.

In einem Leitartikel über die irische Frage fordert „Evening Post" die englische Regierung auf, eine schnelle und edelmütige Lösung dieser Frage herbeizuführen. Das Blatt schreibt:

„Nicht nur ist Irland naturgemäß die erste Entgegnung, die Deutschland den Alliierten ins Gesicht schleudern kann, sobald diese von den Rechten der kleinen Nationen sprechen, Irland ist für die Alliierten auch eine Kriegsfrage."

Das Blatt weist weiter darauf hin, wie der Osteraufstand und sein Nachspiel Englands Kräfte lähmte, und zeigt, daß eine Versöhnung die englische Kampfkraft tatsächlich verstärken würde.

Besteuerung der Kriegsgewinne.

Bern, 24. Januar. Wie „Petit Parisien" meldet, hat Finanzminister Ribot den vom Senat bereits genehmigten Antrag auf Besteuerung der Gewinne aus Industrie, Handel und Landwirtschaft in der Kammer eingebracht.

Erst der Gewinn, dann der Patriotismus!

„Daily Telegraph" meldet aus New York: Marinesekretär Daniels hat eine sehr ungünstige Kritik über die in Amerika hergestellte Munition geübt. Bei der Prüfung von 14zölligen Geschossen aus den Werken der Bethlehem Steel Co. entsprachen nur 8,8 Proz. den Anforderungen, von denen der Crucible Steel Co. 37,7 Proz. und von denen des Midvale Co. 73 Proz. Von den Fabrikanten sagte der Marinesekretär, sie stellten den Gewinn über den Patriotismus.

Streik französischer Munitionsarbeiterinnen

Bern, 25. Januar. „Temps" meldet aus Le Havre, daß die Munitionsarbeiterinnen von Schneider-Creuzot in Harfleur vorgestern unerwartet in den Ausstand getreten seien. Munitionsminister Thomas habe die Arbeiterinnen durch Maueranschläge aufgefordert, die Gefahr zu bedenken, die durch den Ausstand für die Landesverteidigung entstehe, und sofort die Arbeit vollständig wieder aufzunehmen, andernfalls würden die Arbeiterinnen zwangsweise eingestellt werden.

Bern, 25. Januar. „Progrès du Lyon" zufolge haben einige Arbeiterinnen infolge des Aufrufes von Thomas bei Schneider-Creuzot die Arbeit wieder aufgenommen.

Norwegen als Kriegsgefangenen-Asyl.

Kopenhagen, 24. Januar. Wie „Nationaltidende" aus Kristiania meldet, teilt das norwegische Verteidigungsministerium mit, daß die Vorbereitungen für die Aufnahme kranker und verwundeter Kriegsgefangener in Norwegen beendet sind. Frankreich habe das norwegische Angebot abgelehnt, weshalb Norwegen nur deutschen, österreichischen und russischen Kriegsgefangenen Gastfreundschaft erweisen werde.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 24. Januar. Generalstabsbericht vom 24. Januar: Rumänische Front. Bei Galatz Artilleriefeuer, bei Tulcea Austausch von Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zwischen unseren Aufklärern und feindlichen, das nördliche Ufer des St. Georgarms haltenden Abteilungen. Gegenüber von Mahmudieh, Karabussuat und Vrislava zerstreuten wir durch Artilleriefeuer schwache feindliche Abteilungen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Munitionsarbeiterinnen in England. Der englische Munitionsminister hat Kurse für die Ausbildung von Frauen und Mädchen im Alter von 20—35 Jahren als maschinentechnische Arbeiter, Schlosser, Dreher und Konstrukteure eingerichtet. Der Kursus dauert 8 bis 9 Wochen. Während dieser Zeit wird den Studierenden Unterhalt gezahlt. Wenn sie ausgebildet sind, erhalten sie 2 Pfund Sterling Wochenlohn.

Der Mangel an Farbstoffen in Norwegen ist gegenwärtig außerordentlich kritisch. Eine Anzahl von Woll- und Baumwollfabriken werden gezwungen sein, zwei Wochen lang den Betrieb einzustellen, wenn die Einfuhr von Farben nicht zunimmt, wozu nur geringe Aussicht zu bestehen scheint.

Ukrainisches. Das Wiener „Ukrainische Correspondenzblatt", das sich in letzter Zeit besonders viel mit der durch kaiserliches Handschreiben angekündigten Sonderstellung Galiziens beschäftigt und dabei wiederholt Bürgschaften für die nationalen Rechte der starken ukrainischen Minderheit in Galizien verlangt hat, teilt mit, daß es infolge verschiedener Schwierigkeiten fortan unperiodisch erscheinen wird.

Eine Spezialkarte von Bessarabien und der Moldau ist als 35. Nummer der Flemmingschen Kriegskartenserie erschienen. Sie hat die Größe 88 zu 71 Zentimeter und kostet 1 M. Die Karte geht mit farbigem Hervorheben auch auf die umfangreichen Gebiete deutscher Ansiedler im Raum dieser Karte, namentlich in Bessarabien ein.

Getreideschmuggel. „Tvolog Oral Ujsag" zufolge stellte die Preßburger Grenzpolizei fest, daß im Jahre 1915 bereits nach der italienischen Kriegserklärung sowie im Jahre 1916 mehr als 800 Waggons Getreide aus Ungarn nach Italien geschmuggelt worden sind. Die Bande, die bereits verhaftet werden konnte, betrieb den Schmuggel mittels gefälschter Frachtbriefe über die Schweiz.

Neue Kämpfe am Toten Mann.

An vielen Stellen Erkundungsgefechte — Russische Waldstellungen beiderseits der Aa genommen und gehalten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Artois, zwischen Ancre und Somme und an der Aisne-Front nahm die Kampftätigkeit der Artillerie und Minenwerfer zeitweilig zu. Mehrfach kam es im Vorfeld der Stellungen zu Zusammenstößen von Erkundungsabteilungen.

Südöstlich von Berry au Bac (nordwestlich von Reims) drangen preußische und sächsische Stoßtruppen in die französischen Gräben und kehrten nach erbittertem Kampf mit 1 Offizier, 30 Gefangenen und 2 Maschinengewehren zurück.

Heeresgruppe Kronprinz.

Durch forsches Zupacken gelang es an der Combres-Höhe zwei Erkundern eines hannoverschen Reserve-Regiments, einen an Zahl dreifach überlegenen Posten der Franzosen zu überwältigen und mit 1 Maschinengewehr in die eigene Linie zurückzubringen.

In den Vogesen scheiterte am Hilsenfirst der Vorstoß einer französischen Streifabteilung.

Klares Wetter begünstigte die beiderseitige Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Beiderseits der Aa brachten unsere Angriffe mehrere russische Waldstellungen in 10 Kilometer Breite mit 14 Offizieren, 1700 Mann und 13 Maschinengewehren in unsere Hand. Starke Gegenstöße herangeführter Reserven konnten unsere Fortschritte nicht hindern.

Westlich von Luck brachen Sturmtrupps Rheinischer Regimenter in die Dorfstellung von Semerynki ein und holten 14 Gefangene heraus.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Gefechte von Jagdabteilungen und nur vereinzelt stärkeres Artilleriefeuer wiederholen sich täglich in dem verschneiten Gebirge. Zwischen Casinu- und Putna-Tal wurden dem Gegner 50 Gefangene abgenommen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der rumänischen Ebene herrschte bei strenger Kälte im allgemeinen Ruhe.

Längs der Donau Geschützfeuer von Ufer zu Ufer und Postengeplänkel.

Mazedonische Front.

Feuerüberfälle im Cerna-Bogen und Gefechte ohne Belang in der Struma-Ebene.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 25. Januar. Abends.

Auf dem westlichen Maas-Ufer rege Kampftätigkeit am Toten Mann, sonst an der Westfront nichts Wesentliches.

Im Osten machten unsere Truppen auf beiden Aa-Ufern Fortschritte.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. Januar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Armee des Generalobersten v. Terszthanszky eine von Erfolg begleitete Unternehmung eines deutschen Stoßtrupps. Sonst an der Ostfront südlich von Pripjat nirgends größere Kampfhandlungen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

* * *

Luftkämpfe an der Westfront.

Berlin, 25. Januar. (W. T. B.) Zu den bereits gestern gemeldeten Luftgefechten im Westen ist nachzutragen, daß der Gegner noch zwei weitere Flugzeuge, im ganzen also zehn, verlor, denn ein neuntes Flugzeug stürzte nach Luftkampf über Villers-Bretonneux ab, das zehnte, ein Nieuport-Einsitzer, wurde bei Chauny zur Landung gezwungen.

Englische Arbeiter gegen Frieden und Internationale!

Ueber den in Manchester tagenden 17. Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei wird dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London gemeldet:

„Die Mehrheit, die auf dem Kongreß der Arbeiterpartei zugunsten der Teilnahme von Mitgliedern der Partei an der Regierung stimmte, habe sechs zu eins betragen, während sie auf dem letzten Kongreß in Bristol nur etwas mehr als drei zu eins gewesen sei. **Diese Zunahme der regierungsfreundlichen Stimmen sei von großer Bedeutung und werde die Stellung der Regierung stärken.** Sie beweise von neuem, daß die Arbeiterklassen in England von denselben Gefühlen und Strömungen beherrscht würden wie die Bevölkerung im allgemeinen. Die Regierung Lloyd Georges sei bei den Arbeitern offenbar beliebter als die Asquiths, da sie mehr den Aspirationen des Volkes entspreche."

Die „Westminster Gazette" schreibt, der Beschluß des Kongresses bedeute, daß die Arbeiterschaft mit ganzem Herzen für die Fortführung des Krieges bis zum gerechten Ende eintrete.

London, 25. Januar. Reuter meldet weiter: Der Kongreß der Arbeiterpartei in Manchester entschied mit 1 498 000 gegen 696 000 Stimmen dagegen, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz ein internationaler Sozialistenkongreß abgehalten werden soll. Der Kongreß nahm mit 1 036 000 Stimmen gegen 484 000 Stimmen den Vorschlag, eine Arbeiterkonferenz der Alliierten abzuhalten, an. Außerdem verwarf der Kongreß mit 1 697 000 gegen 302 000 Stimmen eine Resolution, in der sofortige Friedensvorschläge verlangt werden. (Wörtlich: resolution immediate peace proposals.)

Politische Uebersicht.

Rechtliche Besserstellung der Landarbeiter?

In der „Deutschen Tageszeitung" verlangt ein Einsender, den landwirtschaftlichen Arbeitern in den Landwirtschaftskammern Sitz und Stimme zu geben und beruft sich hierfür auf den Freiherrn v. Wangenheim, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, der unlängst in Dresden auf der sächsischen Landesversammlung des Bundes der Landwirte gesagt habe:

„Die Landwirtschaftskammern und Kreistage werden wir später so ausbauen, daß wir den landwirtschaftlichen Arbeiter als vollberechtigtes Mitglied aufnehmen. Nicht Kampf gegeneinander, sondern gegenseitige friedliche Verständigung."

Die heutige Rechtlosigkeit des Landarbeiters ist von der Sozialdemokratie stets auf das schärfste kritisiert worden. Aber wir befürchten, daß die genannten Vorschläge nichts bezwecken, als durch ein paar willkürlich ernannte und praktisch einflußlose Konzessionsschulzen eine Kulisse für die Rechtlosigkeit des ländlichen Gesindes zu schaffen. Wie wenig man in den herrschenden preußischen Kreisen an eine wirkliche Modernisierung des Landarbeiterrechts denkt, beweist der Umstand, daß sich die Petitionskommission des preußischen Landtages wiederum gegen die Aufhebung der aus dem Jahre 1810 stammenden preußischen Gesindeordnung ausgesprochen hat. Allerdings wurde eine Revision der am meisten unhaltbar gewordenen Zustände empfohlen. Aber selbst auch daraus wird nichts werden, denn ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte:

„Eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes kann zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden. Die Geschäftslage gestattet es jetzt nicht, dem Gedanken einer Vereinheitlichung des Gesinderechts in Preußen näher zu treten, dessen Verwirklichung eine erhebliche gesetzgeberische Vorarbeit in sich schließen müßte. Die Prüfung der Angelegenheit muß vielmehr normalen Zeiten vorbehalten bleiben."

Natürlich, wenn wie der Herr Minister man mit der Sorge für ideikommißbesitzer überlastet ist!

Unbegründete Erregung.

Sehr aufgebracht über die von uns veröffentlichte Unterredung des Genossen Scheidemann mit dem amerikanischen Journalisten Swing ist die alldeutsche „Post". Besonders hat es ihr der Satz angetan, in dem Scheidemann erklärt, wenn die deutsche Regierung ein feindliches Friedensangebot ähnlich brüsk abgelehnt hätte, wie die Gegner das unsere, daß alsdann „die Massen in Deutschland wie ein Mann aufgestanden wären". Die „Post" schreibt hierzu:

Scheidemann hält es demnach für angebracht, einem Ausländer gegenüber, dessen Sympathien für uns doch lebhaftem Zweifel unterliegen, einen Fall auszumalen und zu unterstreichen, in dem sich die „Massen" in Deutschland auf irgendeine — freilich nicht näher bezeichnete — Art in schroffer Opposition gegen die Kriegsleitung erheben würden. Man tut gut, sich dieses Scheidemannsche Wort von der „Erhebung der Massen" scharf zu merken; es verstärkt jenen früheren Ausspruch desselben Mannes, worin er davon sprach, daß der Kanzler unter bestimmten Voraussetzungen den Krieg mit Westarp und Spahn allein werde weiterführen können, in einer Weise, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt.

Warum denn so hitzig? Es gibt doch sogar Leute in Deutschland, die nicht etwa in einem bloß von ihnen ausgemalten Falle, an dessen Eintreten sie selbst nicht glauben, sondern gerade wegen der jetzt tatsächlich betriebenen Politik dem Reichskanzler „an die Kehle springen" wollen, ohne daß die „Post" darüber in Entrüstung geriete.

Die Wahl in Ingolstadt.

Zum Nachfolger Dr. v. Orterers ist der Bürgermeister von Ingolstadt, Hofrat Kroher, mit etwa 3500 Stimmen ohne Gegenkandidat in den bayrischen Landtag gewählt worden. Orterer hatte bei der letzten Wahl 6660 Stimmen erhalten. Wenn man die Umstände (Nachwahl und Krieg) in Betracht zieht, ist die Stimmenzahl Krohers normal. Die Parole der katholischen Arbeitervereine: Wahlenthaltung oder weiße Zettel! hat ihm anscheinend nicht viel geschadet. Soweit bekannt wurde, sind nur etwa 150 weiße Stimmzettel abgegeben worden. Wenn der Protest wirksam hätte sein sollen, mußte die Parole lediglich auf weiße Zettel lauten, dann würde man die Gegner des „liberalen Hofrats" haben zählen können. Das Wahlergebnis gibt auch darum kein klares Bild, weil ohne Zweifel (die Zentrumspresse bestreitets freilich) ein Anzahl Richtzentrumsleute für den Kandidaten gestimmt haben, erstens weil sie den Bürgermeister der Stadt als Abgeordneten wünschten, zweitens weil er als liberal galt, drittens weil sie aus mittelständlerischen, agrarischen oder verwandten Klasseninstinkten gegen die Parole der Arbeitervereine remonstrieren wollten. Wir werden sehen, was die Leitung der katholischen Arbeitervereine in der nächsten Nummer ihres Verbandsorgans sagen werden.

Er fühlt sich getroffen.

Zur Nachwahl in Spandau-Osthavelland gaben wir unlängst einer Zuschrift aus Staatsarbeiterkreisen Raum, in der gesagt wurde, daß hinter der gelben Kandidatur Fortenbacher ein antisemitischer Verlagsbuchhändler stehe. Darauf meldete sich bei uns ein Herr Sturm mit der Behauptung, er wäre der betreffende Verlagsbuchhändler, er bäte uns aber, richtigzustellen, daß er kein Antisemit sei. Wir taten ihm den Gefallen, ohne indessen Herrn Sturm zufriedenstellen zu können, denn er schreibt uns neuerlich:

Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß ich meine Beziehung zur Kandidatur Fortenbacher nicht bestreite. Das tue ich aus dem ganz einfachen Grunde nicht, weil eine derartige Beziehung meinerseits zur Kandidatur Fortenbacher nie bestanden hat und nicht besteht.

Nun haben wir an Herrn Sturm nur eine Frage: Wenn er weder Antisemit ist, noch zur Kandidatur Fortenbacher in irgendwelcher Beziehung steht, aus welchem Grunde fühlt er sich denn dann getroffen, wenn im „Vorwärts" von irgendeinem antisemitischen Verlagsbuchhändler die Rede ist, der hinter der Kandidatur Fortenbacher stehe? Nur weil er zufällig auch Verlagsbuchhändler ist?!

Zur Tagung des Reichstags.

Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau" wird Ende dieses oder Anfang nächsten Monats der Bundesrat über den Reichshaushaltsplan beraten. Die Erledigung wird einige Tage in Anspruch nehmen, alsdann steht dem Wiederbeginn der Arbeiten des Reichstags nichts mehr im Wege. Mitte Februar dürfte der Reichstag wieder zusammentreten. Die Frage, ob auch neue Steuervorlagen den Gegenstand seiner Beratungen bilden werden, harrt noch immer der Entscheidung. Das aber läßt sich schon jetzt sagen, unter den Mitteln, durch die man die Einnahmen des Reiches zu erhöhen trachten wird, steht der Ausbau der Warenumsatzsteuer mit in erster Reihe.

Tätigkeit des Bundesrats. Amtlich wird unter dem 25. Januar mitgeteilt: In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung von Arbeitern feindlicher Staatsangehörigkeit, der Entwurf einer Bekanntmachung über Zement, der Entwurf einer Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Jesko von Puttkamer, der frühere Gouverneur von Kamerun, ist im Alter von wenig über sechzig Jahren plötzlich gestorben. Die Umstände zur Abberufung von Puttkamers von seinem Gouverneursposten im Jahre 1906 führten, und der daran anschließende Disziplinarprozeß, der mit der Verurteilung von Puttkamers zu einem Verweise endete, dürften noch in Erinnerung sein.

Berichtigung. In dem Artikel „Scheidemann zu Wilsons Friedensbotschaft" in der gestrigen Nummer d. Bl. ist eine wichtige Stelle durch Ausfall zweier Worte etwas unklar geworden. Richtig muß es heißen: „... Denn die Friedensbedingungen selbst werden anders ausfallen, wenn einmal über die Ausführbarkeit einer Liga zur Erzwingung des Friedens Uebereinstimmung erzielt ist."

Letzte Nachrichten.

Der Sturm durch den Sumpf.

Ueber die erfolgreichen Kämpfe im Rigaer Brückenkopf meldet W. T. B. folgende Einzelheiten: Die russischen Angriffe Anfangs Januar südwestlich von Riga wurden rasch mit einem machtvollen deutschen Gegenstoß beantwortet. Nachdem das Tauwetter neueinsetzendem Frost gewichen war, gingen am 23. Januar um 9 Uhr vormittags beiderseits die deutschen Truppen nach kurzer wirksamer Artillerievorbereitung auf einer Front von ungefähr zehn Kilometern Breite zum Angriff vor. Obwohl der russischen Führung dieser Angriff nicht unerwartet kam, waren bereits um Mittag auf dem linken und rechten Flügel der östlich gelegenen Angriffsfront kleinere Erfolge erzielt. Am Nachmittag gelang es nach erneuter Artillerievorbereitung in der Mitte entscheidend vorzustoßen, obwohl die Sturmtruppen stellenweise knietief in den trotz des Frostes nachgebenden Tirulsumpf einsanken. Bereits am Abend des 23. waren beiderseits des Flusses etwa 3 Kilometer Gelände gewonnen. In der Nacht zum 24. Januar gelang es dem rechten Flügel östlich weiter Boden zu gewinnen. Ein Russennest, das sich in einer Mulde nahe dem östlichen Ende der deutschen Angriffslinie befand und schon am Abend des 23. Januar umstellt war, wurde ausgehoben und 400 Gefangene gemacht. Nach Gefangenenaussagen hatte der Führer dieser russischen Abteilung den Bataillonsbefehl bekommen, sich zurückzuziehen, dem er indessen keine Folge leistete. Er erklärte seinen Leuten, daß er sich halten wolle. Als die Russen sich von den Deutschen umstellt sahen, schossen sie ihren Führer nieder. Gegen Mittag des 24. Januar waren schon 1100 Gefangene und 10 Offiziere eingebracht, 13 Maschinengewehre erbeutet. Auch westlich der Aa waren am Vormittag des 24. Januar die Truppen erheblich vorwärts gekommen. Der größte Teil des den Russen Anfang Januar überlassenen Geländes ist bereits wieder in deutscher Hand. Die Größe der russischen Verluste geht aus den Gefangenenaussagen hervor. Von manchen Regimentern, die 3000 zählten, kamen nur 500 zurück, die übrigen waren getötet, verwundet oder gefangen. Dabei leisteten die früheren deutschen Unterstände, worin sich die Russen eingenistet hatten, den Verteidigern vorzügliche Dienste. Wie russische Gefangene erklären, würden ihre eigenen Unterstände dem Artilleriefeuer nicht im entferntesten so gut standgehalten haben. In den Kämpfen beiderseits der Aa wurden bisher bekanntlich 14 Offiziere, 1700 Mann zu Gefangenen gemacht und 13 Maschinengewehre erbeutet.

Griechenlands caudinisches Joch.

Athen, 25. Januar. (Meldung der Agence Havas.) Die griechische Regierung hat gestern an die Gesandten der alliierten Mächte ein amtliches Schriftstück gerichtet, in dem es heißt: Gemäß der Antwort auf das Ultimatum der alliierten Regierungen vom 28. Dezember 1916 und vom 8. Januar 1917 übermittelt die königliche Regierung den Gesandten von Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland **ihre formellen Entschuldigungen wegen der bedauerlichen Ereignisse vom 18. November bzw. 1. Dezember 1916.** Nach einer weiteren Havasmeldung wird die **feierliche Zeremonie des Grußes vor den Fahnen der Alliierten** am nächsten Sonnabend vor dem Zappeion stattfinden. Die Gesandten der alliierten Mächte werden ihr in Uniform beiwohnen, ebenso auch der Admiral, der als Oberbefehlshaber die alliierten Seestreitkräfte befehligt und Vertreter der alliierten Marinen.

Athen, 25. Januar. (Meldung der Agence Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht einen königlichen Erlaß, durch den der kommandierende General des ersten Armeekorps Gallaris durch General Hennkis ersetzt wird.

Geheimsitzung wegen Griechenland.

Paris, 25. Januar. (Havasmeldung.) Die Kammer hat sich mit 289 gegen 187 Stimmen für die Abhaltung einer Geheimsitzung entschieden, um die Interpellationen Ferry und Abrami über die Ereignisse in Griechenland zu erörtern. Es ist nicht anzunehmen, daß Schamgefühl das Motiv für die Geheimsitzung ist.

Ein U-Boot versenkt drei Fischdampfer.

London, 24. Januar. Drei Trawler aus Fleetwood wurden von einem U-Boot durch Kanonenfeuer zum Sinken gebracht.

Auflösung des japanischen Parlaments.

Tokio, 25. Januar. (Reutermeldung.) Der Kaiser hat das Repräsentantenhaus aufgelöst.

Der Dampfer „Salland" durch Explosion gesunken.

Amsterdam, 25. Januar. (T. U.) **Die Direktion des Holländischen Lloyd hat jetzt seitens des Kapitäns des untergegangenen Dampfers „Salland" die Bestätigung erhalten, daß der „Salland" am 23. Januar vormittags infolge einer Explosion gesunken ist. Die „Times"-Meldung, wonach der Dampfer einem Torpedoschuß zum Opfer gefallen sein soll, ist mithin völlig unrichtig. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Die Mannschaft des „Salland" ist wohlbehalten in Vlissingen gelandet.**

Furchtbares Erdbeben auf Niederländisch-Ostindien.

Haag, 25. Januar. Beim Kolonialdepartement ist die Nachricht von einem Erdbeben in Niederländisch-Ostindien eingetroffen. **Tausende von Häusern, darunter die Wohngebäude der Regenten von Gionjar und Bangli, fielen dem Erdbeben zum Opfer.** Viele Tempel und Reisscheuern wurden zerstört. Im Süden von Bali wurden **50 Eingeborene getötet und 200 verwundet.** Der volle Umfang des Schadens läßt sich noch nicht überblicken.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Differenzen im Holzgewerbe Rheinland-Westfalens.

Nach der von den Gewerkschaftsleitungen den Unternehmern übermittelten Kündigung der Tarifverträge versuchen die Unternehmer es, sowohl der breiten Oeffentlichkeit wie auch den eigenen Mitgliedern und den Behörden gegenüber, den wahren Sachverhalt zu verdrehen. Sie stellen die Sache so dar, als ob in allen materiellen Fragen eine Einigung mit den Arbeitervertretern in den voraufgegangenen Verhandlungen erfolgt sei. Diese offenkundige Unwahrheit, die auch in einem Schreiben der Unternehmer an das Reichsamt des Innern wiederholt wird, haben die Arbeitervertreter sofort mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Zugleich erklärten die Arbeitervertreter ihre Bereitwilligkeit, an einer von dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar in das Reichsamt des Innern einberufenen Verhandlung teilzunehmen, in der sich weiter Gelegenheit bieten würde, die Haltung der Unternehmer in dieser Angelegenheit in das rechte Licht zu rücken. Diese unter behördlicher Leitung vorgesehene Versammlung sollte am 17. Januar stattfinden. Doch die Unternehmer teilten schriftlich mit, daß sie die Teilnahme an diesen Verhandlungen ablehnten.

In einer am 21. Januar in Essen abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der in Betracht kommenden Zahlstellenvertreter, die vom Holzarbeiterverband, vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter und vom Gewerkverein der Holzarbeiter (H.-D.) einberufen und zahlreich beschickt war, wurde zu der Situation Stellung genommen. Es kam dort die einmütige Ansicht zum Ausdruck, daß ihre Vertreter in den bisher stattgefundenen Verhandlungen den Unternehmern schon viel zu weitgehende Konzessionen gemacht hätten, insbesondere in der von den Unternehmern gewünschten Form von Wochenzulagen, während im ganzen übrigen Holzgewerbe Stundenzulagen bezw. Erhöhungen der Stundenlöhne zugestanden sind. Darin sei für die Arbeiter des dortigen Bezirks eine Verschlechterung zu erblicken, da hier sehr viele Ueberstunden geleistet werden müßten, für die bei der Wochenzulage überhaupt keine Teuerungszuschläge Platz griffen. Dieses von den Arbeitervertretern gemachte Zugeständnis an den „grundsätzlichen" Standpunkt der Unternehmer wurde von der Konferenz einmütig abgelehnt und als nichtig erklärt.

Die von dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverband und dem Westdeutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe verbreitete Behauptung, daß über die Höhe der Teuerungszulagen und die Lohnerhöhungen mit den Arbeitervertretern eine Einigung auf der Grundlage des letzten Angebots der Unternehmer erzielt worden sei, hielt die Konferenz für einen absichtlichen Täuschungsversuch der Unternehmer.

Nachdem im rheinisch-westfälischen Bezirk die den Holzarbeitern im ganzen Reich zugebilligten Verbesserungen ihrer Löhne, ebenso auch der vom Reichsamt des Innern gemachte Versuch einer gütlichen Verständigung abgelehnt worden war, erklärte sich die Konferenz mit der von den Gewerkschaftsleitungen ausgesprochenen Kündigung der Tarifverträge durchaus einverstanden. Daß nunmehr erst recht und mit allem erforderlichen Nachdruck an den ursprünglich aufgestellten Forderungen festgehalten wird und diese überall zur Durchführung gebracht werden, war der einstimmige Wille der gesamten Teilnehmer.

Beschlossen wurde, an der Erhöhung der Stundenlöhne nicht unter 20 Pf. und 15 Pf. für Jugendliche unter 18 Jahren und Frauen festzuhalten.

Die mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe vereinbarten Zuschläge für Akkord- und Montagearbeiter sind ebenfalls restlos durchzuführen.

Auch bezüglich des Schutzes für die Kriegsbeschädigten stellte die Konferenz die alten Forderungen wieder her, wonach diese Arbeiter Anspruch auf die Wiedereinstellung in ihrem alten Betriebe haben und ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer Rente nach ihrer tatsächlichen Leistung zu entlohnen sind.

Die Konferenz war sich in jeder Hinsicht darüber einig, daß nur ein Abkommen mit den Unternehmern möglich ist, das den Arbeitern die gleichen Verbesserungen ihrer Arbeitslöhne bringt, wie sie im ganzen übrigen Holzgewerbe bereits seit Monaten bezahlt werden. Ebenso müssen sie darauf bestehen, daß die vertraglichen Sicherungen gegen spätere Verschlechterungen gerade in diesem Falle besonders klar und präzise festgelegt werden.

Ausland.

Generalstreik in Barcelona.

Bern, 24. Januar. In Barcelona hat, wie „Petit Parisien" meldet, eine Versammlung stattgefunden, in der die Vertreter von 300 Syndikaten den Generalstreik beschlossen haben.

Holländische Streiks.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Holland hat jetzt drei Streiks, die ihren Schauplatz in dem für dieses Land so wichtigen Element, dem Wasser haben. Alle drei haben charakteristische Züge, die wir so knapp wie möglich wiedergeben wollen. Ein Streik der Seeleute in Rotterdam hat sich an einen Streik der Schiffsoffiziere und Maschinisten angeschlossen. Er hängt mit der Abänderung des Schiffsrequisitionsgesetzes zusammen, die der Regierung das Recht geben soll, für die im nationalen Interesse notwendigen Seetransporte Schiffe mit der Mannschaft zu requirieren. Der syndikalistische Seemannsverband widersetzt sich nicht nur diesem, für eine einzelne Arbeiterkategorie vorgesehenen vaterländischen Hilfsdienst, sondern stellt auch — unverhältnismäßig bemessene — Lohnforderungen. Die sozialdemokratische, dem „modernen" Verband angehörende Gewerkschaft lehnt den Streik ab, einerseits aus Solidarität mit der unter der Lebensmittelteuerung leidenden Arbeiterklasse, andererseits weil sie den bestehenden Kollektivvertrag nicht brechen will. Der Gegensatz zwischen beiden Organisationen hat eine äußerst scharfe Form angenommen, da die „moderne" Gewerkschaft für die Schiffe Mannschaften zur Verfügung stellt.

Der zweite Streik betrifft hauptsächlich kleine Unternehmer, nämlich die Schiffer, die die in den Häfen ankommenden Ladungen auf den Kanälen nach den verschiedenen Gegenden des Landes führen. Nach Kriegsausbruch ist, um bei dem ausbrechenden Arbeitsmangel keine Schmutzkonkurrenz zwischen den Schiffern eintreten zu lassen, in Amsterdam ein Abkommen zwischen den in Betracht kommenden Parteien, den Expediteuren, Verfrachtern und Schiffern getroffen worden, das die Schiffer nach der Reihe mit Arbeit versorgte. Die Expediteure haben nun dieses Verhältnis auflösen wollen und die Schiffer traten in Streik. So kam es, daß 14 000 Tonnen für Amsterdam bestimmten Getreides nicht verladen werden konnten. Es kam dieser Tage zu merkwürdigen Zwischenfällen, besonders als die Expediteure von Rotterdam her unter Polizeischutz ein Schiff nach Amsterdam schleppen lassen wollten. Der „Blockadebruch" gelang, aber am nächsten Tage wurde der Kahn von den Schiffern wieder zurückgeschleppt. Auch in der Provinz, z. B. in Groningen, haben sich die Schiffer der Bewegung angeschlossen, die die Ernährungsschwierigkeiten in Holland sehr verstärkt. Genosse Vliegen, als Amsterdamer Stadtschöffe für Handelsangelegenheiten, bemüht sich, den Amsterdamer Konflikt durch eine kommunale Regelung beizulegen. Bleiben die Expediteure bei ihrer Weigerung, kann die Situation sehr ernst werden. Die Schiffer sind zumeist calvinistische Starrköpfe, die sich durch keine Gewaltanwendung einschüchtern lassen würden.

Der dritte Ausstand ist sicherlich ein Unikum. Die Streikenden sind nämlich Arbeiter, die Kriegsgewinne machen und keine Kriegsgewinnsteuer zahlen wollen! Es handelt sich um die Fischer von Ijmuiden, die jetzt in der Tat eine Zeit üppiger Prosperität durchmachen. Betrugen ihre Wochenlöhne ehedem 15 und 20 Gulden, so beträgt das Wocheneinkommen jetzt 120, 150, ja selbst 200 Fl., und damit läßt sich auch bei den jetzigen teueren Zeiten leben. Diese Fischer wollen nun von der Kriegsgewinnsteuer ausgenommen werden und berufen sich auf die — unleugbaren — erhöhten Gefahren der Seefischerei. In der organisierten Arbeiterschaft ist begreiflicherweise die Sympathie mit diesem Streik nicht groß und er findet nur bei den Anarchisten und Syndikalisten Fürsprecher. Es ist in der Tat kein proletarisches Klasseninteresse, daß sich Proletarier sehr rasch in — Bourgeois verwandeln.

Parlamentarisches.

Der Wohnungsgesetzausschuß des Abgeordnetenhauses hat weiter die Artikel 4 und 5 des Entwurfs, die von der örtlichen Wohnungsaufsicht und von den gemeinsamen Vorschriften für die Wohnungsordnungen und die Wohnungsaufsicht handeln, ohne wesentliche Aenderungen angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Guter Grund zur Unzufriedenheit.

Wie berechtigt die Gründe der Zuckerindustriellen nach einer kräftigen Preiserhöhung für Rohzucker sind, dessen Zentnerpreise auf 26 Mk., nicht, wie wir gestern irrtümlich meldeten, auf 10 Mk., erhöht werden soll, zeigt ein Blick auf die Abschlüsse der achtzehn wichtigsten Zuckerfabriken, deren Aktienkapital 67,81 Millionen Mark beträgt:

	Reingewinn	Durchschnittsdividende
1913/14	10,78 Mill. Mark	15,9 Proz.
1914/15	22,32 „ „	32,9 „
1915/16	18,10 „ „	26,7 „

Diese erstaunliche Gewinnsteigerung erschöpft aber nicht die gesamten Mehrgewinne, da sehr große Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen wurden. Die Gewinnziffern sind 1915/16 etwas kleiner als 1914/15, aber übertreffen die des Friedens noch so sehr, daß ein Verlangen nach höheren Preisen nicht anders als — kühn genannt zu werden verdient.

Der Kampf gegen den Warenumsatzstempel.

Das Elektrizitätswerk Südwest teilt mit, daß es den Warenumsatzstempel nicht mehr abrunden, sondern entsprechend der Jahreslieferung anrechnen werde. Dagegen will es von einem völligen Verzicht auf den Warenumsatzstempel nichts wissen, weil das Warenumsatzsteuergesetz gestatte, auf Lieferung aus Verträgen, die vor dem 1. Oktober 1916 abgeschlossen sind, die Warenumsatzsteuer abzuwälzen. Neue Verträge geht das Elektrizitätswerk aber nur ein, wenn sich der Stromabnehmer zur Zahlung des Umsatzstempels bereit erklärt. Auch diese Uebung ist anfechtbar, weil das Werk sich an die in den Konzessionsverträgen festgelegten Preise halten muß.

Der Kohlenhändler Ignatz Petschek aus Aussig, der sich bereits den Betrieb der Kohlen vieler Braunkohlenwerke gesichert hat, soll wieder einen solchen Abschluß mit dem Braunkohlenwerk Leonhard A.-G. in Zipsendorf beabsichtigen und zur Bedingung die Kündigung des Meuselwitzer Braunkohlensyndikats machen. Die deutschen Händler und Unternehmer bieten alles auf, um die Bildung eines Privathandelsmonopols durch einen Ausländer, und sei es auch aus dem verbündeten Oesterreich, zu hintertreiben. Das Interesse des Staates wird aber erst durch den Mißbrauch der Monopolgewalt berührt, vielleicht auch schon durch die Möglichkeit eines solchen Mißbrauches, aber eine vorbeugende Abwehr muß sich sowohl gegen den inländischen wie gegen den ausländischen Monopolisten richten.

Eine typische Kriegsbilanz. Der Verein chemischer Fabriken in Zeitz, der wie bereits erwähnt, dank einer Lücke in den Bundesratsverordnungen beim Verkauf von Fettsäure einen Sondergewinn von 50 000 bis 60 000 Mk. für den Waggon gemacht hat, hat seinen Reingewinn von 296 655 auf 1 436 116 Mk. erhöhen können. Der tatsächliche Gewinn ist aber noch viel höher, weil sich aus der Bilanz die Neubildung von besonderen Fonds in der Gesamthöhe von 1,77 Millionen Mark ergibt, die in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht erscheinen und nicht als Gewinn ausgewiesen sind.

Der Sieg der Charlottenburger Wasserwerke gegen die Gemeinde Zehlendorf bezieht sich nur auf die für das Jahr 1915 strittige Steuersumme. Die Gemeinde hat sich für 1916 von der Regierung die Erhebung eines höheren Gewerbesteuerbetrages als 185 Prozent des staatlichen Gewerbesteuerfolls ausgebeten, und wird so die Charlottenburger Wasserwerke in rechtlich einwandfreier Form steuerlich treffen.

Kriegsprofite der englischen Banken. Die Profite der englischen Banken waren im Ganzen im Jahre 1916 größer als 1915. Die Dividenden blieben auf gleicher Höhe — eine von der „Truth" veröffentlichte Tabelle, die 14 Banken umfaßt, zeigt Dividenden von 10 bis 19 Proz. — aber es wurden zum Teil viel größere Abschreibungen vorgenommen.

Soziales.

Was ist der Abkehrschein?

Nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes darf niemand einen Hilfsdienstpflichtigen in Arbeit nehmen, der bei einem Betrieb, der für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung Bedeutung hat, beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt war, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat. Für diese Bescheinigung hat sich die Bezeichnung „Abkehrschein" eingebürgert und zwar weil in den Bezirken einiger Armeekorps, in denen seither ähnliche Einrichtungen schon bestanden (z. B. in Berlin), die Bescheinigung diesen Namen amtlich besaß.

Die Unternehmer fassen die angeführte Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes so auf, daß sie das Recht hätten, einem Hilfsdienstpflichtigen die Herausgabe aller Legitimationspapiere zu verweigern. Das ist natürlich ein Irrtum. Wie unzweifelhaft aus den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes hervorgeht, ist der Abkehrschein eine besondere, von den anderen Legitimationspapieren getrennte Bescheinigung, die lediglich nur die Angaben enthält, daß der Arbeiter die Beschäftigung mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben hat. Der Unternehmer ist daher auf keinen Fall berechtigt, die Ausfertigung eines Zeugnisses zu verweigern, wie es in § 630 des Bürgerlichen Gesetzbuches, §§ 113 und 127 der Gewerbeordnung und §§ 73 und 80 des Handelsgesetzbuches vorgesehen ist. Dieses Zeugnis muß mindestens über Art und Dauer der Beschäftigung Auskunft geben. Der Beschäftigte kann aber auch verlangen, daß in dem Zeugnis Angaben über seine Führung und seine Leistungen gemacht werden. Wird dies nicht verlangt, so darf der Unternehmer auch darüber nichts angeben. Ebensowenig darf der Unternehmer die Herausgabe der Invalidenkarte verweigern. Die Reichsversicherungsordnung enthält die ausdrückliche Bestimmung in § 1425, daß niemand eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten darf. Alle Dienstbestimmungen sind durch das Hilfsdienstgesetz nicht aufgehoben worden.

Weigert sich der Arbeitgeber, den vom Hilfsdienstpflichtigen verlangten Abkehrschein auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an den Ausschuß zu, der für den Bezirk jedes Bezirkskommandos gebildet worden ist. Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt. Ein ohne den Abkehrschein oder eine entsprechende Bescheinigung des Ausschusses abgegangener Arbeiter kann von jedem Arbeitgeber in Beschäftigung genommen werden, wenn mehr wie zwei Wochen vergangen sind. Weigert sich der Arbeitgeber, ein Zeugnis auszustellen, wie es der Beschäftigte auf Grund der anderen oben erwähnten Gesetze fordern kann, so sind die sonst hierfür zuständigen Gerichte anzurufen, also in der Regel das Gewerbegericht oder Kaufmannsgericht, im übrigen das Amtsgericht. Behält der Unternehmer die Invalidenkarte zurück, so ist die Polizeibehörde anzurufen. Diese nimmt nach § 1425 Reichsversicherungsordnung dem Unternehmer die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus. Hat der Beschäftigte durch das widerrechtliche Zurückbehalten des Arbeitszeugnisses und der Invalidenkarte nachweislichen Schaden, so muß ihn nach wie vor der Unternehmer ersetzen.

Vom Impfgesetz.

Das Kind des Herrn Freese war nicht geimpft worden und es war auch eine Bestrafung deswegen eingetreten. Dann erließ die städtische Polizeiverwaltung von Köln an F. eine Verfügung gemäß § 4 des Impfgesetzes, wodurch er aufgefordert wurde, das Kind binnen 14 Tagen impfen zu lassen. Eine Beschwerde beim Oberpräsidenten hatte keinen Erfolg. Darauf klagte F. beim Oberverwaltungsgericht. Er bestritt, daß durch das Impfgesetz ein Impfzwang eingeführt worden sei. Außerdem legte er ein ärztliches Attest vor.

Das Oberverwaltungsgericht setzte die polizeiliche Verfügung außer Kraft und führte aus:

Der Einwand des Klägers, daß ein Impfzwang nicht gegeben sei, wäre allerdings zu verwerfen. Für Kinder sei durch das Impfgesetz ein Impfzwang eingeführt, wie sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergebe. Aber die polizeiliche Verfügung sei aus einem andern Grunde aufzuheben. Die Verfügung sei im August ergangen. Bis zum Frühjahr vorher war aber nach einem ärztlichen Attest wegen Gesundheitsgefahr die Impfung nicht möglich. Nach dem § 2 des Impfgesetzes hätte darum wenige Monate später die Impfung noch nicht verlangt werden können. § 2 Absatz 1 des Impfgesetzes bestimme: „Ein Impfpflichtiger, welcher nach ärztlichem Zeugnis ohne Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit nicht geimpft werden kann, ist binnen Jahresfrist nach Aufhören des diese Gefahr begründenden Zustandes der Impfung zu unterziehen." Das Oberverwaltungsgericht lege die Bestimmung so aus: Werde für einen Impfpflichtigen ärztlich bescheinigt, daß aus Gesundheitsgründen die Impfung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgestellt werden müsse, dann könne die Vornahme der Impfung erst verlangt werden bis zum Ablauf des diesem Zeitpunkt folgenden Jahres. Hier sei die Impfung durch die polizeiliche Verfügung aber für einen Zeitpunkt verlangt worden, der mitten in dies Jahr hineinfiel. Daher rechtfertige sich die Aufhebung der Verfügung.

Gerichtszeitung.

Die Kriegsverdienste des Darmhändlers.

Einen interessanten Einblick in die Geschäfte gewisser Kriegsverdiener lieferte eine Verhandlung, die vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattfand. Der beklagte Kaufmann Potlitzer, der mit Därmen für Würstchen handelt, hatte im Jahre 1905 mit dem Kläger Rewy einen bis zum Jahre 1920 laufenden Anstellungsvertrag geschlossen, nach welchem R. kein Gehalt erhalten, dagegen aber mit 40 Proz. am Reingewinn beteiligt sein sollte. Bis zu 1500 M. im Monat durfte er vom Reingewinn abheben, der Rest mußte stehen bleiben und wurde mit 6 Proz. verzinst. Der Beklagte hatte sich ferner vorherige Auflösung des Vertrages unter bestimmten Voraussetzungen vorbehalten, während der Kläger bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von 25 000 M. zum Ausharren bis Ende 1920 verpflichtet war. Von diesem Vertrage sucht nun R. loszukommen, weil ihm im vergangenen Jahre nur ein Anteil am Reingewinn in Höhe von 800 M. infolge der Unterbindung der Würstchenfabrikation verblieben sei. Bei einem solchen minimalen Einkommen sei er, so führte der Kläger aus, nicht in der Lage, mit seiner Familie zu leben. R. klagt darum auf Feststellung, daß seine zum 1. April d. J. erfolgte Kündigung zu Recht erfolgt sei. Hiergegen wendet aber der beklagte Darmhändler ein, R. könne ihn nicht jetzt, da mal ein mageres Jahr eingetreten sei, im Stiche lassen, nachdem er vorher die zehn fetten Jahre genossen habe. Wie sich die Verdienste des Klägers in diesen Jahren gestalteten, geht aus einer Aufstellung hervor, die vom Beklagten überreicht wird. Danach bewegen sich die auf R. entfallenden Gewinnanteile in den Jahren 1905—1911 zwischen 17 und 29 000 M. im Jahre, um in den Jahren 1912 und 13 auf 44,000 beziehungsweise 40,000 M. emporzuschnellen. Auch dieser gewiß ansehnliche Gewinnanteil schwillt aber bezeichnenderweise im ersten Kriegsjahr auf 51,000 M. und im zweiten Kriegsjahr auf 66,000 M. an! Entsprechend dem höheren Gewinnanteil des Beklagten ergibt sich für diesen allein aus den beiden ersten Kriegsjahren ein Reinverdienst von weit über einer Achtel Million. Der Vorsitzende legte darum auch dem Beklagten nahe, den Kläger auf gütlichem Wege gegen Zahlung einer mäßigen Abstandssumme vom Vertrage zu entbinden. Wenn auch R. in früheren Jahren gut verdient habe, so sei doch zu bedenken, daß auch P. zum großen Teil durch die Tüchtigkeit des Klägers ein reicher Mann geworden sei. Der Darmhändler lehnte aber jeden Vergleich ab.

Das Kaufmannsgericht entschied im Sinne des Klägers, indem es die erfolgte Kündigung als zu Recht bestehend ansah. Es könne, so heißt es in der Begründung, einem Angestellten nicht zugemutet werden, ein ganzes Jahr ohne jedes Gehalt zu arbeiten. Nach menschlicher Voraussicht werde noch eine lange Zeit vergehen, ohne daß der Kläger darauf rechnen könne, aus der Anstellung Nutzen zu ziehen. Wenn er auch früher große Gewinne hatte, so braucht er deshalb nicht später unentgeltlich für den Chef zu arbeiten.

Jugendveranstaltungen.

Märkische Spielvereinigung. Sonntag, 28. Januar.

	Platz	Schiedsrichter
A. Lichtenberg—Wilmersdorf I.	Friedrichsfelde, Waldeseestr. 49.	Weißensee.
Oberspree-Jahn—Luckenwalde I.	Oberschöneweide.	Weißensee.
B. Fichte 16—Moabit.	Reinickendorf-Ost.	Velten.
Luckenwalde II—Luckenwalde III.	Luckenwalde.	Luckenwalde I.
C. Neukoelln—Fichte 7.	Neukoelln Ostb.	Neukölln.

Am Montag, 29. Januar, findet die Vertretersitzung im Restaurant des Holzarbeiter-Verbandes, Ringestraße 30, Ecke Am Kölnischen Park, um 8 Uhr statt.

Neukölln-Britz-Buckow. Sonntag, 28. Januar: Partie nach Erkner, Löcknitz, Alt-Buchhorst, Kleiner Wall, Fangschleuse. Treffpunkt 8 Uhr Rathaus, Ecke Erkstraße. 1,20 M. Fahrgeld.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, 28. Januar: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr in den Restaurants Gerichtstr. 12/13 und Buckower Str. 14.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Generalversammlung Sonntag, 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, Köpenicker Str. 62. Bericht des Vorstandes und Vorstandswahl. Verschiedenes.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. G. Hamburg.). Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, 27. Januar, 8½ Uhr, bei Boche, Baumschulenstr. 67, Mitglieder-Versammlung.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Nach offiziösen Wiener Verlautbarungen steht der Abschluß des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn unmittelbar bevor. Er soll diesmal entgegen den sonstigen Uebungen nicht auf 10, sondern auf 20 Jahre abgeschlossen werden, und es ist anzunehmen, daß dies als eine besondere Konzession Ungarns gewertet wird, wo ja große Parteien am liebsten überhaupt keinen Ausgleich mehr schließen, sondern die gegenseitigen Beziehungen auf die Einheit der Person des Monarchen beschränken und eine Zollinie zwischen den beiden Reichshälften errichten würden. Die Vermutung, daß es mit dem 20jährigen Ausgleich eine solche Bewandtnis hat, wird bestärkt durch das, was über den Inhalt des Vertrages mitgeteilt wird. Es soll in dem autonomen Zolltarif eine beträchtliche Erhöhung der Viehzölle stattfinden, was ja durchaus dem in Ungarn maßgebenden Interesse der großagrarischen Viehzüchter entsprechen würde. Offenbar um die gewaltige Mißstimmung, die diese Ankündigung in Oesterreich hervorrufen dürfte, zu beschwichtigen, wird hinzugefügt, daß ja nicht die Sätze des autonomen Zolltarifs in Wirklichkeit angewandt werden, sondern die Zölle, die in den Handelsverträgen mit den anderen Staaten vereinbart werden. Aber die Handelsvertragsverhandlungen vollziehen sich nun einmal auf Grund des autonomen Zolltarifs und sein Einfluß auf den Inhalt der Handelsverträge wird nicht auszuschalten sein.

Es wird weiter gemeldet, daß die bisher unzulässige Einfuhr lebender Schweine in einer dem Bedürfnis genügenden Weise zugelassen werden würde. Wie nun die Dinge liegen, dürfte diese Einfuhr wohl nur aus den Balkanstaaten in größerem Maße stattfinden, der Weg aus den Balkanstaaten nach Oesterreich führt aber über Ungarn und es wird sehr darauf ankommen, ob das Bedürfnis nicht eben von den ungarischen Viehzüchtern bestimmt und begrenzt werden wird. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit kann man das nicht von vornherein ausschließen. Endlich hört man, daß Ungarn bei Oesterreich ein Entgegenkommen für die Gestaltung der Eisenbahntarife finden werde. Es liegt nahe zu vermuten, daß es sich dabei hauptsächlich um die zwar kurze, aber einzige Bahnstrecke handeln dürfte, die Ungarn mit dem Deutschen Reiche verbindet, die aber in der Hand Oesterreichs ist. Hierdurch hatte die westliche Hälfte der Monarchie ein Mittel in der Hand, durch welches auf Ungarn noch ein gewisser Druck ausgeübt werden konnte. Es wird sich zeigen, inwiefern hier die österreichische Regierung die Verfügungsfreiheit behält. Wie man weiß, ist die Regierung des Herrn v. Koerber nach überraschend kurzer Amtsdauer gegangen, weil sie den vom Grafen Stürgkh geschlossenen Ausgleich nicht schlucken wollte. Tom-Martinitz galt als der Mann, der eher dazu bereit sei.

Von einer Mitwirkung des Reichsrats an diesem Ausgleich ist nicht die Rede, und es wird gleichzeitig mitgeteilt, daß noch vor dem Zusammentritt des österreichischen Parlaments die Regierung auch die Kreisordnung für Böhmen erlassen und die deutsche Staatssprache verfügen werde. Es handelt sich dabei um die Schaffung nationaleinheitlicher Kreise als Zwischenglied zwischen den politischen Bezirken und der Landesregierung und Landesverwaltung. Es kann sich aber natürlich nicht nur um die Errichtung einer Anzahl weiterer bureaukratischer Behörden drehen, denn die Kreisvertretungen sollen den Anfang der nationalen Selbstverwaltung bilden. Es wird also das Wahlrecht zu den Kreisvertretungen von der größten Bedeutung sein. Nun scheint es aber, als ob der Plan bestünde, die Kreisvertretungen auf Grund eines Kurienwahlrechts zusammenzusetzen, wodurch gerade wieder denjenigen Schichten, die die eigentlichen Träger des nationalen Streites und der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit und Engstirnigkeit sind, große Macht eingeräumt würde. Ob unter solchen Umständen aus den Kreisvertretungen das neue Oesterreich hervorgehen würde, ist fraglich.

Mit der sogenannten deutschen Staatssprache, die ohnehin im Heere und bei den Zentralbehörden besteht, ist vermutlich gemeint, daß sich der dienstliche Verkehr zwischen den Selbstverwaltungsbehörden und den staatlichen Aemtern und zwischen den Gemeindebehörden verschiedener Provinzen in deutscher Sprache abzuwickeln hat, ebensowohl auch der innere Dienstbetrieb bei den Verkehrsanstalten. Einer solchen Maßnahme kann die Zweckmäßigkeit nicht abgesprochen werden. Wenn sie aber nicht von den nichtdeutschen Völkern der Monarchie als eine gegen sie gerichtete Maßnahme empfunden werden soll, dann werden diese gleichzeitig über die Sicherung ihrer in der Verfassung gewährleisteten nationalen Rechte beruhigt werden müssen.

Preußischer Staatshaushaltsausschuß.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag die Beratung des Etats für das Ministerium des Innern fort. Ein Zentrumsabgeordneter sprach sich tadelnd über gewisse

unliebsame Erscheinungen im Berliner Großstadtleben

aus. Er kritisierte mancherlei Kabarettaufführungen, anstößige Kinoreklame usw. und erklärte, die musikalischen Veranstaltungen in verschiedenen Cafés als überflüssig. Er verwahrte sich aber dagegen, daß mit dieser Kritik irgendwie die große Masse der Berliner Bevölkerung getroffen werden solle. Er wisse, daß die große Mehrzahl der Berliner Bevölkerung aus tüchtigen, arbeitsfreudigen Menschen bestehe. Der Minister des Innern erklärte, daß die Polizei im allgemeinen keine erzieherischen Aufgaben habe. Wirkliche Ausschreitungen würden natürlich überwacht und verhindert. Man müsse aber doch ein Bedürfnis nach heiteren Aufführungen auch anerkennen, gerade die Urlauber, die lange Monate im Schützengraben gelegen hätten, sehnten sich nach heiterer Unterhaltung und Zerstreuung. Ein fortschrittlicher Redner nahm dankend von dem Lob Notiz, das der Zentrumsredner der Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung gespendet hatte. Man möge doch auch bedenken, wie überaus stark die hervorragenden künstlerischen und musikalischen Aufführungen besucht seien, was den guten Geschmack des Berliner Publikums beweise.

Derselbe Redner ging dann auf die

Verkehrsnot in Berlin

ein und bedauerte die plötzliche Verkürzung und Abschneidung des Spätverkehrs der Straßenbahnen. Dem Verkehrsbedürfnis müsse unbedingt genügt werden. Die Leistungen der Schaffnerinnen verdienten durchaus nicht den Tadel, den sie in einigen Einsendungen an gewisse Zeitungen gefunden haben. Notwendig sei es, daß die Berliner Straßenbahngesellschaft den Schaffnerinnen auch ausreichende Löhne zahle.

Ueber den Gesetzentwurf auf Gewährung weiterer

200 Millionen Mark zu Kriegswohlfahrtszwecken an Gemeinden

referierte der fortschrittliche Abg. Lippmann: Die Last für die Gemeinden sei fortgesetzt gestiegen. Bereits im Oktober betrugen ihre monatlichen Gesamtausgaben hierfür in Preußen 50 Millionen Mark. Das Reich hatte dazu 33⅓ Proz. beizutragen; es hat aber in Wirklichkeit nur 25 Proz. erstattet, das machte schon einen monatlichen Ausfall von 4½ Millionen Mark. Durch die Erhöhung der Kriegsunterstützungen vom Dezember ab werden die Ausgaben der Gemeinden sicherlich monatlich 100 Millionen Mark überschreiten. Erfreulich wäre, daß aus dem Fonds jetzt auch Zuschüsse für andere Wohlfahrtszwecke, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, gegeben werden könnten, z. B. zu den Volksspeisungen. Ein Teil der Gemeinden hat auch Mietzuschüsse geleistet und zwar seien von ihnen drei Viertel der Mieten gewährt worden, während die Hausbesitzer das letzte Viertel tragen mußten. Da die Lage des Hausbesitzes sich aber ständig verschlechtert habe, sei es notwendig, die Zuschüsse zu erhöhen, um die Hausbesitzer zu entlasten. Reichs- und Staatsbetriebe zahlten für die Angehörigen der zum Heere eingezogenen Arbeiter zu den Reichssätzen Zuschüsse. Diese Zuschüsse werden nicht ausreichen, die Regierung könnte hier aufmunternd wirken. Der Redner brachte noch verschiedene Härten zur Sprache, die sich bei Gewährung der Kriegsunterstützungen ergeben haben.

Der Minister des Innern teilte mit, daß in Preußen 81 Millionen Mark monatlich an die Lieferungsverbände für Kriegswohlfahrtszwecke zurückgezahlt worden seien. Nach Erhöhung der Sätze werden jetzt 108 Millionen Mark bezahlt. Vom Reiche sind bis jetzt 25 Proz. dazu bewilligt. Der Zinsverlust wurde vom Reiche bisher nicht erstattet. Daneben würden noch Beträge an die Erwerbslosen gewährt. Die Regierung lasse es sich angelegen sein, alles auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege zu tun und nach Möglichkeit den Gemeinden entgegenzukommen. Ein Zentrumsredner vermißte eine genügende Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Ein weiteres Zentrumsmitglied trat für den Antrag des Abg. Dr. König (Ztr.) auf Beihilfen an Beamtenfamilien, deren Ernährer im Felde [illegible], ein. Er verlangte, daß dieselben Beihilfen, die für die in der Heimat befindlichen Beamten gezahlt werden, auch diesen Beamtenfamilien gewährt werden. Ein Regierungskommissar erwiderte, daß die Regierung dem Antrag nicht zustimme, denn tatsächlich würden doch Ersparnisse erzielt, wenn der Mann abwesend sei. In besonderen Fällen könnten aber die Behörden kinderreichen Familien Unterstützungen gewähren.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter stellte fest, daß noch verschiedene Gemeinden bei Gewährung der Unterstützungen nicht gesetzliche Verpflichtungen erfüllen. Ein Volksparteiler erklärte, daß bezüglich der Mietentschädigung den Hausbesitzern geholfen werden müsse, da sie jetzt nicht mehr auf den Ersatz so hoher Ausfälle verzichten könnten. Im übrigen stellte er fest, daß den Gemeinden ursprünglich alle Kosten der Kriegswohlfahrtspflege ersetzt werden sollten. Jetzt scheine man davon schon etwas abzukommen. Seiner Meinung nach hätte diese Kriegswohlfahrtskosten allein das Reich zu tragen. Die Lasten werden für die Gemeinden unerträglich. Ein weiterer Zentrumsredner erkennt die Leistungen des Reiches und Staates an, auch die großen Aufwendungen der Privatindustrie verdienten Anerkennung. Der Berichterstatter stellt einen von nationalliberaler und freikonservativer Seite unterstützten Antrag, in dem verlangt wird, daß den Familien der zum Heere eingezogenen Beamten und Staatsarbeiter in besonderen Fällen die Kinderzulagen, die jetzt den in der Heimat gebliebenen Beamten gezahlt werden sollen, soweit diese zum Heere eingezogenen Beamten Gemeinen- oder Gefreitenlöhnung beziehen. Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ein Zusatzantrag des Zentrums, auch den im Unteroffiziersrange stehenden eingezogenen Beamten diese Kinderzulagen zu zahlen, keine Mehrheit gefunden hatte.

Der Etat des Innern ist damit beendet. Am Freitag wird der Medizinaletat und nachher der Bauetat beraten.

Die Kriegsorganisation der Landwirtschaft.

In einer am 18. Januar im Herrenhaus stattgehabten Besprechung hat sich der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Groener des näheren über die Aufgaben der neuen Kriegswirtschaftsämter geäußert. Als solche nannte er:

1. Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurückstellung von Betriebsleitern und Arbeitern.

Als Betriebsleiter müssen vornehmlich Leute gewonnen werden, die über den Bereich ihres eigenen Besitztums hinaus die Produktion übersehen und fördern, mit Rat und Tat den Landwirten beistehen können. An Arbeitern sind vor allem Kräfte zur Bedienung und Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen erforderlich. Im übrigen muß je nach den provinziellen Verhältnissen versucht werden, alle Möglichkeiten auszunutzen, die für Beschaffung von Arbeitskräften ohne Schädigung des Feldheeres bestehen. Es gilt aber nicht nur, Arbeitskräfte zu beschaffen, sondern sich auch um ihre Unterbringung, Verpflegung und Entlohnung zu kümmern, zumal wenn Angehörige anderer Berufe herangezogen werden müssen.

2. Beschafung von Arbeitspferden.

Grundsätzlich muß erstrebt werden, daß der Landwirt auf Verlangen für abgegebene Pferde Ersatz erhält.

2. Beschaffung von Arbeitspferden. Benzol usw.

Noch mehr als bisher muß mit Maschinen gearbeitet werden. Die bei der Maschinenbeschaffungsabteilung des Kriegsamts errichtete landwirtschaftliche Maschinenversorgungsstelle soll zusammen mit den Kriegsamtsstellen, den Maschinenausgleichstellen des Vereins Deutscher Ingenieure und den Kriegswirtschaftsämtern dafür sorgen, daß alle landwirtschaftlichen Maschinen, ganz besonders Dampf- und Motorpflüge, auch tatsächlich in Betrieb genommen und restlos ausgenutzt werden. Was die Kohlenversorgung betrifft, so haben die gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten die Lehre gegeben, daß die Kohlenversorgung der Landwirtschaft bereits im Sommer bis zum übernächsten Frühjahr sichergestellt werden muß.

Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder.

Wo die Herbstbestellung unzulänglich war, muß dies durch die Frühjahrsbestellung nachgeholt werden. An das Kriegsamt sind vielfach Anträge zwecks Uebernahme mangelhaft geleiteter Betriebe in Staats- und Militärbetrieb gerichtet worden. Diese Frage wird seitens des Kriegsamts einer besonderen eingehenden Prüfung unterzogen werden.

5. Fürsorge für die Einbringung der Ernte.

Auch hier sind weitausschauende Vorkehrungen zu treffen. Insbesondere sind die entsprechenden Anforderungen an Generalkommandos und Kriegsamtsstellen nach genauem Plan recht frühzeitig einzureichen.

Zunächst muß für das Dringendste gesorgt werden, das ist die Frühjahrsbestellung. Dann kommt das übrige. Der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsamts muß sich genau wie ein Feldherr seinen Operationsplan zurechtmachen. Nach diesem muß er die einzelnen Aufgaben an seine Mitarbeiter, in erster Linie die ihm beigegebenen Landwirte, verteilen. Die Kriegswirtschaftsstellen haben die Bedürfnisse in ihren Kreisen schleunigst festzustellen, die Kriegswirtschaftsämter für den Ausgleich zu sorgen. Das Kriegsamt wird seinerseits alle Hilfe leisten, die von zentraler Stelle irgend erbracht werden kann.

Aus Groß-Berlin.

Januar.

Vor einem Jahre um diese Zeit hatte der Januar einen Vorfrühling gebracht. Die Luft war warm, es fehlte nicht an mildem Sonnenschein, von Schnee war keine Spur vorhanden, und draußen blühten die Haselkätzchen. Diesesmal aber hat sich der Januar, wenigstens seine größere Hälfte, Mühe gegeben, den kalendermäßigen Charakter zu bewahren. Obwohl das Thermometer anfangs nicht viel unter den Gefrierpunkt sank, blieb der Schnee doch liegen, und die meisten Sonntage waren richtige Schneesonntage mit Rodelvergnügungen im Grunewald.

Wir wissen nicht, wie sich der Rest des Januar verhalten und ob es ihm gelingen wird, sich die Sympathien der hustenden Menschheit zu gewinnen, die alljährlich unter dem Berliner Straßenwinter, jenem üblen Gemisch aus Regen und schmelzendem Schnee, dem keine Stiefelsohle widersteht, zu leiden hat. Jedoch die Gegensätze berühren sich, und es gibt Dinge, die uns mit dem Januar versöhnen, möge er sich verhalten, wie er wolle. Denn er bringt uns langsam länger werdende Tage, und er läßt uns träumen von der in wenigen Monaten nahenden „Sommerzeit", von dem Vorrücken der Uhren um eine Stunde. Und während die Baumkronen sich noch in erschreckender Leere vom grauen Himmel abzeichnen, geht schon ein Vorbote des Frühlings durch die baumbepflanzten Straßen: der Mann mit der Baumscheere an langer Stange. Prüfend schaut er in die Wipfel, und wo auch nur leise Anzeichen künftiger Raupennester bemerkbar sind (für ihn, nicht für unsere ungeübten Augen), da greift er energisch ein.

Von dem Hochwasser, das aus allen Gegenden gemeldet wurde, hat auch die Umgebung Berlins ihren Anteil erhalten. Auch ohne Dammbrüche stieg das Wasser in den weiten Niederungen des Spree- und Havelgebietes langsam an, füllte die Gräben und Teiche und überschwemmte die Wiesen: ein rechtes Froschparadies, würdig dieser Berliner Gegend, in der, wie sonst nirgends in Deutschland, vier verschiedene Froscharten leben, blühen und gedeihen. Einstweilen ruhen sie noch winterschlafend tief im Schlamm. Ihre Zeit ist noch nicht gekommen, und die Störche, jene unangenehme Seite im froschlichen Dasein, sind ja auch noch lange nicht da.

Von den Blumenständen an den Straßenecken und aus glänzenden Schaufenstern schauen prächtig blühende Gewächse auf die mißfarbigen Straßen. Maiglöckchen und Tulpen sind längst da, und bald werden die ersten Schneeglöckchen ausgerufen werden. Wir aber gedenken der zarten Halme der grünen Wintersaaten, die draußen langsam höher streben, dem Frühling entgegen!

Gegen die Einführung des Einheitsbrotes

erklärt sich auch die Berliner Bäcker-Zwangsinnung. Nach den Hamburger Erfahrungen, so wurde in der jüngsten Vierteljahrssitzung ausgeführt, sei die erwartete Ersparnis in den Kleinbetrieben nicht eingetreten, das Publikum verlange größtenteils dringend nach Weißbrot und die Bäcker hätten Verluste durch das Aufschneiden von kleinen Mengen des Einheitsgebäcks. Zu Berlin aber, wo der Bedarf nach Weißbrot noch viel größer sei, werde das Fehlen der Schrippen sich besonders peinlich fühlbar machen. Als Hauptursache des Mehlmangels in den Bäckereien betrachtet die Innung die Verringerung der Streckungsmittel.

*

Auch aus den Groß-Berliner Einzelgemeinden werden Einsprüche gegen das Einheitsbrot angekündigt. Eine Korrespondenz will wissen: Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden außerhalb Berlins waren über den vom Berliner Magistrat aufgestellten Plan des Einheitsbrotes im einzelnen noch gar nicht unterrichtet worden, als die Sitzung mit der Tagesordnung „Reform der Brot- und Mehlversorgung" einberufen wurde. Sie fanden den Entwurf hierfür in der Sitzung des Siebenerausschusses der Brotkartengemeinschaft in großen Zügen fix und fertig vor, so daß es den Verfechtern dieses Plans verhältnismäßig leicht war, den Plan durchzudrücken. Jetzt allerdings tauchen in den anderen Groß-Berliner Kommunalverbänden die Bedenken auf. Erst jetzt sollen aber auch, was vorher hätte geschehen müssen, Backversuche und andere Proben angestellt werden.

Das Zeugnis, das gewisse Vertreter der Einzelgemeinden sich hier ausstellen, ist nicht schmeichelhaft. Sie erklären, daß sie sich haben über den Löffel balbieren lassen. Hinterher ist ihnen dann die Erleuchtung gekommen, nachdem diejenigen, die das neue Brot essen sollen, Lärm geschlagen haben.

Gegenüber dem Hinweis auf Hamburg wird eingewendet, daß man dort neben dem Einheitsbrot das alte kräftige Hamburger Schwarzbrot weiter verkauft. Im übrigen seien die Beratungen über die Aenderung der Groß-Berliner Brotversorgung noch nicht weitergeführt worden. Vorläufig ist nur die Mehlverwaltungsstelle Groß-Berlin damit beschäftigt, die Einzelheiten der Frage festzustellen, z. B. Gewicht und Preis des Einheitsbrotes. Die wichtige Preisfrage ist in der Sitzung des Siebenerausschusses gar nicht behandelt worden. Wie überhaupt die technischen Vorbedingungen für die Einführung des Einheitsbrotes noch gar nicht erörtert worden sind!

*

Tag für Tag hängt bei den Bäckern das Schild „Brot ausverkauft!"; die Folge ist, daß der Aushang bald auf die Schrippen ausgedehnt wird, und derjenige, der nicht Polonäse gestanden und vornan gewesen ist, überhaupt keine Brotnahrung bekommt. Dabei hat das Kriegsernährungsamt dem „B. T." auf Anfrage mitgeteilt, daß Groß-Berlin bis Anfang März mit Mehl durch die Reichsgetreidestelle genau nach dem Reichsverteilungsplan beliefert sei. Gleich uns fordert das „B. T." das Kuchenbackverbot, da das Kuchenbacken „unbedingt einen großen Teil des Mehls absorbiere"; der Magistrat habe hier längst einschreiten müssen. Wie unsere Leser wissen, haben wir zugleich gefordert, daß das durch ein Kuchenbackverbot gewonnene Mehl zur

Erhöhung der Brotration

verwendet werde. Statt dessen wird, wie das „B. T." weiter schreibt, „in eingeweihten Kreisen erzählt", es werde bereits daran gedacht, die Brotration von 1900 Gramm „etwas herabzusetzen". Wir glauben das einfach nicht; denn für so weltfremd können wir selbst den in jüngster Zeit wieder reichlich oft unangenehm aufgefallenen „grünen Tisch" doch nicht halten. Wir warnen auf das eindringlichste vor einem solchen schlechterdings gefahrvollen Schritt. Auch gegen die Kundenliste für Bäckereien, von denen das genannte Blatt gleichfalls gehört hat, muß em-

schiedenster Einspruch erhoben werden. Die Erfahrungen sollten schrecken. Jetzt kann man, wenn der eine Bäcker ausverkauft hat, zu einem zweiten, dritten und weiter gehen; bei der Kundenliste wäre man aber einfach zum Hungern verdammt. Auch die Arbeiter und Angestellten würden nicht mehr wahlweise am Wohn- und am Arbeitsort kaufen können.

Jedenfalls muß aufs energischste gefordert werden, daß das Experimentieren endlich aufhört; das Volk will Taten, das heißt Brot sehen.

Um die Aufhebung der fleisch- und fettlosen Tage

petitioniert beim Bundesrat der Interessenverband des Gastwirtsgewerbes. Die Petition stützt sich darauf, daß die Verschwendung von Fleisch und Fett jetzt durch die Reichsfleischkarte genügend wirksam verhindert wird und daß die Aufhebung der fleischlosen Tage es den Gastwirten ermöglichen würde, ihre Fleischvorräte besser zu verteilen und die Ueberreste in angemessener Weise zu verwenden, ohne daß sie — namentlich in der heißen Jahreszeit — dem Verderben ausgesetzt werden.

Lichteinschränkung. Das Polizeipräsidium gibt zur Ausführung der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember v. J. einige detaillierte Anweisungen. Danach darf vor Schaufenstern und Schaukästen nur eine Lampe als Außenbeleuchtung brennen. Die Fenster der Gastwirtschaften dürfen weder außen noch innen Beleuchtung haben. Dagegen ist an den Eingängen der Gastwirtschaften, Gasthöfe, Versammlungsräume und Theater das Brennen einer Lampe gestattet. Verkaufsläden dürfen vor den Eingängen nur dann Lampen brennen, wenn die Schaufenster unbeleuchtet sind. Bei der Innenbeleuchtung der Läden, Schaufenster, Gastwirtschaften, Theater, Konzerte usw. ist die Beleuchtung auf ein bis zwei Drittel des bisherigen Maßes herabzusetzen. Die Notbeleuchtung der Theater usw. bleibt unverändert. Schaufensterbeleuchtung bei Tage ist nicht erlaubt; Ausnahmen können an trüben Tagen genehmigt werden. Nach Ladenschluß sind für Schaufenster und Innenräume nur Sicherheitslampen gestattet.

Im Lindentunnel fand Mittwoch abend eine Verkehrsstörung statt, die durch das Durchbrennen einer Sicherung der elektrischen Straßenbahn hervorgerufen war.

Ein neues Merkblatt über den Postverkehr mit den Kriegs- und bürgerlichen Gefangenen im Auslande hängt in den Schalterräumen der Postanstalten aus und wird auf Wunsch auch von der Geheimen Kanzlei des Reichs-Postamts kostenlos zugesandt.

Die Brotkommissionen sind am Geburtstag des Kaisers wie an den übrigen Wochentagen auch nachmittags von 5 bis 7 Uhr geöffnet.

Der „Wahre Jakob" ist, wie uns die Buchhandlung Vorwärts mitteilt, nunmehr eingetroffen.

Die Gräfin mit den schmutzigen Fingernägeln. Von einer Hochstaplerin, die sich „Frau Generaloberst Gräfin von Weyersheim-Bergen" nannte, wurde ein hiesiges erstklassiges Modehaus erheblich begaunert. „Exzellenz" suchte sich für einige tausend Mark erstklassige Waren aus, ließ diese in ein erstklassiges Hotel schicken, ging mit ihnen angetan ins Nebenzimmer, um sich mit den Worten: „Sieh mal Mausi, das neue Kostüm", ihrem angeblichen Herrn Gemahl zu präsentieren, und verduftete auf Nimmerwiedersehen. Vollkommen unbegreiflich ist es, daß man in einem erstklassigen Modehaus und in einem erstklassigen Hotel diese Gräfin für eine Angehörige der ersten Gesellschaftsklasse halten konnte. Die Person hatte nämlich, wie sofort bemerkt wurde, verarbeitete Hände mit schwarzen Fingernägeln und wußte in den Toilettengebräuchen der wirklich vornehmen Welt so wenig Bescheid, daß sie sich — man wird es nicht für möglich halten — auf ihren Reisehut einen großen Reiherbusch setzen lassen wollte!

Sechs Feuerwehrleute verunglückten am Mittwochabend durch Einstürzen einer Grebelwand beim Brande der Teppichfabrik von C. F. Schwendy sen. in der Köpenicker Straße. Drei von ihnen sind sehr schwer verletzt.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich Mittwoch in der Maschinenfabrik von Gottschalk u. Michaelis in Neukölln. Der schwere Teil einer Stanzmaschine stürzte um und fiel dem Preßmeister Reinhold Schultze auf den Kopf. Der Verunglückte erlitt schwere Quetschungen und wurde besinnungslos nach dem Krankenhause in Buckow gebracht, wo er bedenklich daniederliegt.

Tödlicher Absturz bei Johannisthal. Der Fliegerleutnant Bernius, der Mittwoch früh zu einem Probeflug aufgestiegen war, überschlug sich mit seiner Maschine über einem in der Nähe befindlichen See und stürzte ab. Der Apparat brach durch die Eisdecke und versank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Bernius war, bevor er sich dem Luftsport zugewandt hatte, Journalist gewesen.

Krankheit und Nahrungssorgen haben das betagte Arbeiterehepaar M. aus der Liedomstr. 18 in den Tod getrieben. Die Eheleute ließen sich seit vergangenen Sonnabend nicht mehr sehen. Mittwoch öffnete man ihre Wohnung und fand sie tot auf. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Briefe, die sie hinterließen, gaben Aufschluß über den Beweggrund zu ihrer Tat.

Aus den Gemeinden.

Die Kartoffelnot vor der Neuköllner-Stadtverordnetenversammlung.

Den von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Antrag, den wir gestern bereits veröffentlichten, begründete Stadtv. Heitmann. Einleitend übte er Kritik an der Lebensmittelversorgung, die den kommunalen Verwaltungen vielfach nur noch auf sehr fragwürdigen Wegen möglich ist. Unbegreiflich sei es, wie nicht einmal in der Kartoffelversorgung das Notwendige geschieht. Angesichts der absoluten Unzulänglichkeit der jetzt geltenden Ration eine weitere Herabsetzung auf 3 Pfund für 40 Tage vornehmen zu wollen, ist einfach nicht zu verantworten. Aus landrätlichen Bekanntmachungen und dergleichen erfährt man, daß auf dem Lande von einer solchen Einschränkung des Bedarfs nicht die Rede ist. Es darf bestimmt angenommen werden, daß Kartoffeln mit Rücksicht auf die im Februar kommenden höheren Preise zurückgehalten werden. Die Reichszentralstellen versagen vollständig, wie auch die unglaublichen Zustände auf dem Fischmarkte beweisen. Schon jetzt kommen täglich Hunderte Frauen ins Rathaus und verlangen kategorisch Lebensmittel. Um den verantwortlichen Stellen den Ernst der Situation klarzumachen, ist die einstimmige Annahme des Antrages notwendig.

In seiner Antwort erklärte Stadtrat Mier, daß die Beschaffung ausreichender Lebensmittel auf geordnetem Wege nicht mehr möglich sei. Es müsse deshalb jede Möglichkeit wahrgenommen werden; denn die jetzt festgesetzten Rationen reichen für Bürger, die arbeiten müssen, keineswegs aus. Deshalb habe er auch in der Berliner Zentralstelle gegen die Herabsetzung der Kartoffelration auf 4 Pfund Einspruch erhoben, leider ohne Erfolg; denn alle Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden erklärten sich (mit einer Ausnahme) mit 3 Pfund pro Woche einverstanden. Neukölln könnte seine Bevölkerung mit der Ration von 4 Pfund noch bis zu sechs Wochen durchhalten, müsse sich aber trotzdem der von der Regierung geforderten Herabsetzung auf 3 Pfund fügen. Leider kämen zu den allgemeinen Schwierigkeiten noch Mängel hinzu, die in der lokalen Organisation liegen. Das trifft zu auf die Schäden, welche sich bei der Brotversorgung jüngst in den westlichen Gemeinden Groß-Berlins herausgestellt haben; Neukölln ist davon verschont geblieben, weil hier die städtische Mehlversorgung gut arbeitet. Statt nun die Organisationsmängel zu beseitigen, greift man zu dem Mittel des keineswegs idealen Einheitsbrotes. Im Ganzen genommen, ist die Lebensmittelversorgung der Städte an einem Punkt angekommen, der äußerst ernst ist. Es besteht sogar die Gefahr, daß unsere Kriegsküchen bald nicht mehr die nötigen Produkte zur Verfügung haben. Wenn die Reichsstellen nicht bald Wandel schaffen, dann kann man wirklich nicht mehr die Verantwortung tragen.

Die Vertreter der anderen Fraktionen stimmten rückhaltlos dem Antrage zu und forderten schleunige Hilfe von den maßgebenden Instanzen.

Stadtv. Scholz (Soz.) erweiterte den Antrag noch dahin, daß er sich auch gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Brotration richtet. Er unterstrich noch besonders, wie beschämend es ist, wenn die Städte in Deutschland die fragwürdigsten Wege gehen müssen, um die Bevölkerung vor dem Hunger zu bewahren. Es ist Zeit, daß ein Städtetag dazu öffentlich entschieden Stellung nimmt.

Die Versammlung stimmte einmütig dem im Antrag liegenden Protest zu.

Steuerkonflikt zwischen Charlottenburger Wasserwerk-Aktiengesellschaft und Schöneberg.

Das Oberverwaltungsgericht hatte Donnerstag in einem schwierigen Steuerverteilungsprozeß zu entscheiden, der seit einer Reihe von Jahren schwebt und die Verteilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerk unter die beteiligten Berliner Vorortgemeinden betrifft. Es handelte sich hierbei um das Steuerjahr 1910. Im Vordergrunde stand besonders die für die Gemeinde Schöneberg sehr wichtige Frage, ob die in Schöneberg befindlichen Räume der Verwaltung der Aktiengesellschaft eine besondere Betriebsstätte für sich sind oder ob sie zusammen mit dem Rohrnetz der Wasserwerke in allen beteiligten Gemeinden eine einheitliche Betriebsstätte bilden.

Der Bezirksausschuß hatte das letztere angenommen und durch seine Entscheidung, die die Steuerverteilung über die zahlreichen interessierten Berliner Vorortgemeinden für das strittige Steuerjahr vornahm, der Stadt Schöneberg nur einen Steueranteil von 4000 M. zugesprochen.

Das Urteil focht Schöneberg beim Bezirksausschuß durch Revision an. Der Vertreter der Stadt betonte unter anderem, daß für Schöneberg als Sitz der kaufmännischen Leitung und Verwaltung eine besondere Betriebsstätte der Wasserwerke anzunehmen sei, und daß daneben Schöneberg noch beteiligt sei an einer zweiten Betriebsstätte der Gesellschaft, als welche das gesamte Rohrnetz zu gelten hätte. Wenn das Oberverwaltungsgericht dies anerkenne, dann müßten in einer neuen Verhandlung vor dem Bezirksausschuß die für die Stadt Schöneberg sich daraus ergebenden Rechtsfolgen gezogen werden, durch die die Stadt bei der Steuerverteilung weit günstiger fortkomme.

Das Oberverwaltungsgericht hob auch die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an den Bezirksausschuß zurück. Es wurde ausgeführt: Die Aufhebung des Urteils des Bezirksausschusses müsse aus verschiedenen Gründen erfolgen. Insbesondere sei mit der Stadt Schöneberg anzunehmen, daß die Annahme einer einzigen Betriebsstätte, die auch das Verwaltungsgebäude in Schöneberg umfasse, unrichtig sei. Die Verwaltungsbureaus in Schöneberg bildeten eine besondere Betriebsstätte. Bezüglich Schönebergs müsse darum einmal eine Verteilung nach Gehältern und Löhnen zwischen Schöneberg und den übrigen Gemeinden erfolgen und außerdem sei Schöneberg zu beteiligen bei der Unterverteilung nach Flächen des Gesamtrohrnetzes usw.

Lebensmittelabgabe in Britz. Die Gemeinde hat ausländische Zwiebeln und ganzen weißen und schwarzen Pfeffer beschafft. Die Abgabe erfolgt gegen Vorlegung der Britzer Lebensmittelkarte in der Verkaufsstelle der Gemeinde sowie durch die dortigen Kleinhändler.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück. Donnerstag früh rissen sich, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, auf der Bergfahrt nach Hochdahl die Wagen eines Güterzuges dicht hinter der Zuglokomotive los und liefen mit der Schiebelokomotive nach Erkrath zurück, wo sie mit großer Gewalt auf einen Prellbock stießen. Hierbei wurden ein Lokomotivführer und ein Hilfsschaffner getötet, die Schiebelokomotive und eine Anzahl Güterwagen zertrümmert.

Mutter und Sohn erstickt. Wie uns Forst (Lausitz) berichtet wird, wurden die Witwe Spaarschuh und ihr unverheirateter Sohn, ein Tischlermeister, tot in den Betten aufgefunden. Die Zimmer waren mit Leuchtgas gefüllt. Man fand eine Bruchstelle an einem Zuleitungsrohr, durch die das Gas in den Hauskeller und von dort in die Wohnung gedrungen war.

London, 24. Januar. Lloyds meldet: Der holländische Dampfer „Zeta" und der englische Dampfer „Neuquen" sind untergegangen. Der jüngst als vermißt gemeldete Fischdampfer „Certus" ist in den Hafen eingeschleppt worden.

Parteiveranstaltungen.

Spandau. Hierdurch lade ich alle diejenigen Genossen und Genossinnen, welche der alten sozialdemokratischen Partei auch fernerhin die Treue bewahren wollen und auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehen, zu einer sehr wichtigen Besprechung zu heute, abends 8½ Uhr, nach dem Lokal von Wilke, Lindenufer 17, ein.

Emil Stahl, Spandau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV. Hof rechts**, parterre am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

M. R. In dem vom Generalkommando erlassenen Aufruf vom 20. Dezember ist die Art der Beschäftigung und die Meldestellen für Hilfsdienstpflichtige angegeben. — **O. Sch. 18.** Sie müssen sich an das Zentralnachweisbureau des Kriegsministeriums, Dorotheenstraße 48, wenden. — **B. 60.** 1. Bis Ende Januar. 2. Ja. — **R. T. 9.** Sie werden nach dem jetzigen mutmaßlichen Arbeitsverdienst zur Steuer veranlagt, weil ein voller Jahresarbeitsverdienst für das vorige Jahr für Sie nicht vorliegt. Vom 1. Januar an sind Sie steuerpflichtig. — **Neukölln, Friedelstr.** 1. Nein. 2. und 3. Erledigt sich durch Beantwortung zu 1. 4. Sie sind zur Oeffnung der verschlossenen Gegenstände dem Gerichtsvollzieher gegenüber verpflichtet. — **Rostock.** 1. Wenden Sie sich an die Stadtbibliothek, Zimmerstraße 90/91. 2. Eine nochmalige Musterung ist nicht ausgeschlossen. 3. Da Sie nicht angeben, aus welchem Grunde eine Beschlagnahme erfolgen könnte, können wir Ihre Frage nicht beantworten. 4. Wenn Sie einen Paß vom Polizeipräsidium erhalten, 5. Das wissen wir nicht. — **W. 176.** 1. und 2. Nein. — **A. 21.** 1. Ja. Sie bedarf dazu eines Passes. 2. und 3. Wahrscheinlich nicht; es würde sich aber empfehlen, daß Ihre Frau sich bei der Unterstützungskommission vorher erkundigt. — **Colombus 10.** Ein solches Gesuch wäre an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. — **Th. 1.** Sie müßten den Wirt auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist die Mängel zu beseitigen, event. könnten Sie auf Lösung des Vertrages klagen. Einen Abzug von der Miete dürfen Sie nicht machen. Die Fensterscheibe müssen Sie selbst bezahlen. — **M. H. 55.** 1. Wenn sich in Ihren Verhältnissen keine Aenderung vollzogen hat, wird Ihnen die Kriegsunterstützung verweigert werden. 2. Ja. 3. An die zuständige Steuerkasse.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Vielfach wolkig oder nebelig bei leichtem Frost, in den meisten Gegenden geringe Schneefälle.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Karl Fechner
am 22. Januar an Rückenmarkleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
129/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Pankow.
Am 20. Januar starb unser Mitglied, der Maurer
Georg Beyer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem III. Gemeinde-Friedhof in Schönholz statt.
Um rege Beteiligung ersucht
143/18 Die örtliche Verwaltung.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb den Heldentod unser Kollege, der Musketier
Karl Schnebel
im Alter von 19 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Th. Marschall.
Ritterstr. 71. 180 1b

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Möbelpolierer und langjähriges Mitglied des Holzarbeiterverbandes
Bernhard Arndt
(wohnhaft Tilsiter Straße 69) im Alter von 44 Jahren am 22. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 1½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um stilles Beileid bitten
61A Die Angehörigen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
August Thetmeyer,
Restaurateur,
sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie den Vereinen unseren tiefgefühlten Dank. 8
Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Ernestine Thetmeyer nebst Kindern.
Berlin-Lichtenberg, Kronprinzenstr. 13.

Adlersaat
Baut mehr Gemüse, doch seht unser Buch, uns recht zu machen. / Frühgemüse, Spätgemüse, dankbare Blumen. / Adlers Früh- u. Spätgemüsesamen haben Weltruf.
Buch u. Gesamtpreisliste gegen Einsendung von 45 Pf. in Marken
Adler & Co. Samenzüchter Erfurt 52

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 165, 1239, 1987, 9714.
Sonntag, den 28. Januar 1917, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen
in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen D. Tiering: „Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst". 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Zur Beachtung! Die Wichtigkeit der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes bedingt das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen. Jeder Betrieb muß deshalb vollzählig vertreten sein.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
129/3 Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin (Zuschußkasse).
Ordentliche
Generalversammlung
am Sonntag, den 28. Januar 1917, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Fritz Wilke, Sebastianstraße 39.
Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung des ersten Kassierers, Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Ersatzwahl des Vorstandes, ersten Kassierers, zweiten Vorsitzenden, zweiter Beisitzer und zweiter Ersatzmänner.
3. Wahl des Aufsichtsrats und der Ersatzmänner.
4. Innere Kassenangelegenheiten, darunter Beschlußfassung über das Publikationsorgan der Kasse.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet 38/2
Der Vorstand.
J. A.: Heinrich Metzke.

Lagerbier
Ersatz ist
Metus-Gold,
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Ersatz ist
Metus-Caramel
vollmundig, süffig, nahrhaft und wohlschmeckend.
Beid. Getränke sind ges. geschützt, werden unt. Garantie weder trübe noch sauer.
Cider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat.
Bieruntersetzer auf Wunsch grat.
Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin,
Marsilliusstr. 21.
Fernspr. Königstadt 2949.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 □-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12—2 Uhr geöffnet.

Hundert Jahre Fahrrad.

Um das Jahr 1650 hat sich der gelähmte Nürnberger Stephan Farfler ein dreirädriges Fahrzeug gebaut, dessen Vorderrad mit Handkurbeln angetrieben wurde, und in alten Geschichtswerken finden sich allerhand Beschreibungen von Wagen, die mit Uhrwerken ausgerüstet waren. Diese Schöpfungen dürfen jedoch nicht als „Fahrräder" angesprochen werden, weil man als Wesentliches bei solchen irgend einen Antrieb mit den Füßen ansehen muß. Der Erfinder des ersten Fahrrades, der nach ihm genannten „Draisine", war vielmehr der badische Forstmeister Kammerherr und Premierleutnant a. D. von Drais-Sauerborn, nachmals auch Professor der Mechanik, sowie Erfinder einer Fleischhackmaschine, einer Schreibmaschine und eines Spiegels, mit dem man um die Ecke sehen sollte. Die von Drais erdachte Maschine war schon im Winter von 813 auf 1814 dem Kaiser von Rußland vorgeführt worden; als eigentliches Geburtsjahr des Fahrrades muß jedoch das Jahr 1817 bezeichnet werden, in dem Drais die Brauchbarkeit seiner Schöpfung dadurch öffentlich erwies, daß er den Weg von Mannheim nach Schwetzingen, der 12 Kilometer beträgt, in einer Stunde zurücklegte, was gegenüber den Leistungen eines Fußgängers immerhin bedeutsam war. Sein badisches Patent erwarb Drais allerdings erst im nächsten Jahre. Die „Karlsruher Zeitung" hatte die Erfindung aber bereits in ihrer Nummer vom 1. August 1817 eingehend besprochen.

Die Draisine bestand im wesentlichen aus einer Bank mit Sattel, auf dem der Fahrer rittlings Platz nahm, und es war die Höhe so bemessen, daß die Füße oder Fußspitzen den Boden berühren konnten. Vorn und hinten war dann je ein Holzrad von entsprechendem Durchmesser angebracht, und es konnte das vordere zum Lenken nach links und rechts gedreht werden. Beim Fahren mußte man sich nun beständig mit den Füßen abstoßen und dann den erhaltenen Schwung fahrend ausnutzen. Der vielverlachte Erfinder scheint übrigens recht gute Kenntnisse in der Mechanik besessen zu haben, wie aus folgender Aeußerung von ihm hervorgeht: So gut ein Pferd auf der Landstraße im Durchschnitt die auf einen verhältnismäßig wohl gearbeiteten Wagen geladene Last viel leichter samt dem Wagen zieht, als ohne ihn die Ladung auf dem Rücken trägt, so gut schiebt der Mensch sein eigenes Gewicht viel leichter auf einer Maschine fort, als er es selbst trägt. Das ist um so mehr der Fall, als man mit dem nur einzigen Gleise sich immer die besten Strecken der Landstraße aussuchen kann." Drais erkannte also ganz richtig, daß man an sich mit einer Maschine nicht mehr Muskelkraft aus den Beinen herausholen kann, als sie besitzen, daß sich aber ein Vorteil gewinnen läßt, wenn die Art, wie die Muskeln benutzt werden, zweckmäßiger als beim Gehen ist.

Drais baute Maschinen zum Preise von 44 bis 100 Gulden und es gab Laufmaschinen mit verstellbarem Sitz, solche mit zwei Sitzen hinter einander, sowie Drei- und Vierräder. Sie wurden viel gekauft und weit gebraucht, und wir dürfen durchaus die Vorteile der Draisine nicht allzu gering anschlagen. Sein Patent erhielt Drais nach einer Fahrt von Karlsruhe nach Kehl, welche Strecke in vier Stunden zurückgelegt wurde, obwohl die Entfernung beider Städte wenigstens 60 Kilometer beträgt. Wenn ein heutiger Radler diese Leistung herausbringen soll, so darf er immerhin kein Anfänger sein.

Das heutige Fahrrad sieht freilich anders aus als die Draisine; aber es hat sich aus dieser entwickelt. Betrachten wir zunächst die weiteren Einrichtungen, die zur Verminderung der Reibung und der Stöße bestimmt waren. Hier ist an erster Stelle die Erfindung der Kugellager zu nennen. Bei den verbesserten Maschinen laufen nämlich die Naben unter Vermittelung kleiner Stahlkugeln auf den Achsen, so daß die sogen. gleitende in die rollende Reibung umgesetzt wird. Sehr wichtig war auch die Einführung eiserner Gestelle, Räder und Speichen, wobei die letzteren fast stricknadeldünn ausgeführt werden konnten, indem sie vorwiegend auf Zug beansprucht wurden, so daß sie nur einen kleinen Querschnitt zu haben brauchten. Und unentbehrlich ist heute die Gummibereifung auch beim Fahrrad, die erst mit Vollgummi ausgeführt wurde, bis dann der schottische Tierarzt Dunlop seine „Pneumatiks" auf den Markt brachte.

Der wichtigste Fortschritt bestand aber darin, daß für die Füße Tretkurbeln angeordnet wurden, die man zunächst mit dem Vorderrade unmittelbar verband, das dabei größer als das Hinterrad bemessen wurde. Als Erfinder dieser Tretkurbeln werden verschiedene Leute angegeben. Nach einer Quelle war es ein Turnlehrer Tretz, nach der anderen ein gewisser Fischer aus der Gegend von Schweinfurt, der die Draisine in dieser Weise fortbildete. Jedenfalls scheint es sich aber um eine deutsche Erfindung zu handeln. So entstand denn das den älteren Leuten gewiß noch wohlbekannte Hochrad. Der Halbmesser des Hauptrades mußte so lang sein, daß der oben fast über seinem Mittelpunkt sitzende Fahrer die Beine bequem beim Treten ausstrecken konnte, während das Hinterrad dafür um so stiefmütterlicher betreffs seiner Größe behandelt wurde. Diese Maschinen zeigten bei unbestreitbaren Vorzügen den Nachteil, daß sie ungemein gefährlich waren, indem man nur allzuleicht vornüber stürzen konnte.

Die weitere Entwicklung mußte darum wieder zum Niederrade führen. Die heute gebräuchlichen Maschinen, die seinerzeit gern als „Rover" bezeichnet wurden, besitzen nun folgende Vorteile: Sie sind nicht sehr hoch, so daß ein Fall weniger verhängnisvoll wird; die Gefahr des Vornüberstürzens erscheint ausgeschlossen; die Tretkurbeln drehen sich beim Lenken nicht seitlich mit, wie das beim Hochrade der Fall war; die Tretbewegung wird mittels einer Kette auf das Hinterrad übertragen, wobei Gelegenheit geboten ist, verschiedene Uebersetzungsverhältnisse einzurichten.

Die Engländer nannten die alten Draisinen wohl „Dandy-horses" oder „Stutzerpferde"; heute hat das Fahrrad längst eine ernste Bedeutung als wichtiges Verkehrsmittel gefunden. Auch im Kriege möchte man es nicht missen.

Kleines Feuilleton.

Bojar und Bauer in Rumänien.

Ein schwedischer Gelehrter, J. A. Davidsson, der jahrelang in Rumänien geweilt hat und mit Volk und Sprache des Landes durchaus vertraut ist, veröffentlicht in „Politiken" einen Aufsatz, der wertvolle Mitteilungen über das Verhältnis von Bojaren und Bauern in dem durch den frevelhaften Leichtsinn einer politischen Clique in so schweres Elend hineingedrängten Landes enthält. Dort, wo Rumäniens unermeßliche Ebenen sich dehnen, dort haben die Bojaren ihren Großgrundbesitz, der sie in den Stand setzt, in Paris, in den eleganten Badeorten oder auch den Spielhöllen Europas ein üppiges und müßiges Leben zu führen. Meilenweit erstrecken sich da die Ackerflächen, ohne von einem Busch oder von einem Hügel unterbrochen zu werden, und alle prangen in dem kostbaren Weizen, den Sonne und Regen segnen. Soweit der Horizont reicht, nur Acker an Acker. Sehr selten taucht ein Dörfchen auf, dessen Häuser dann ganz elend, meist aus Lehm errichtet und aus Stroh gedeckt sind. Zuweilen sind sie selbst in die Erde hineingebaut. Noch finden sich in Rumänien 80 000 solcher Erdhütten, Bordoi, wie sie dort zulande genannt werden, die als Behausungen menschlicher Wesen dienen müssen. Betritt man eine dieser Hütten, so findet man darin keinen Hausrat, nur etwa eine Holzpritsche, die als Schlafstätte dient, und vielleicht noch eine hübsch gemalte Kiste, worin die reichbestickten Festtagskleider aufbewahrt werden. An den Wänden aber hängen zahlreiche Heiligenbilder. Mitten unter diesen elenden Erdhöhlen und strohgedeckten Lehmhäuschen erhebt sich in der Regel ein großes hübsches Bauwerk mit luftiger Veranda. Dort wohnt der Verwalter, der meist ein Jude ist. Es gibt über 300 000 Juden in Rumänien, die im allgemeinen bei den Bauern äußerst verhaßt sind; und wenn sich der Bauer gegen seinen Unterdrücker, den Bojaren, erhebt, dann geht es zunächst immer gegen die verhaßten Juden. Der größte Teil des rumänischen Bodens ist das Eigentum der reichen Bojaren, und die meisten Bauern müssen auf den Gütern der Großgrundbesitzer Fronarbeit leisten. Nur ein Siebentel der rumänischen Bauern besitzt selbst Land, sodaß sie einigermaßen leben können, aber fünf Siebentel, oder etwa fünf Millionen Menschen, haben eine Jahreseinnahme von durchschnittlich 120 Franken — wohl gemerkt: für die ganze Familie! Dagegen zählen die Großgrundbesitzer zusammen nicht mehr als etwa 4000 Familien, und diese 4000 Bojarenfamilien besitzen etwa ebenso viel Land wie eine Million Bauernfamilien. Davon ernten sie im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 27 000 Franken für die Bojarenfamilie.

Der rumänische Bauer führt unter diesen Verhältnissen ein kümmerliches Dasein und sein einziger Lebenstrost sind Gesang und Tanz. Des Abends tanzt die Jugend auf den Landstraßen den alten Nationaltanz Hera und singt dazu wehmütige Liebeslieder, die sogenannten Deinas. Oft kommt auch ein Cebzar, ein wandernder Spielmann, des Weges und singt Rait Deims oder Lieder von Heldentaten in fremden Ländern. Dann lauschen die Burschen und die Mädchen voller Begehr, und in ihrer Schwärmerei schließen sie Wahlbrüderschaft mit einander fürs ganze Leben, die noch am selbigen Tage vom Priester in der Kirche eingesegnet wird. Aber wenn die Jugend des rumänischen Bauern von einer eigenartigen Poesie überstrahlt wird, so hört das gar bald auf, wenn die jungen Leute erst in die Tretmühle der täglichen Arbeit kommen. Dann wird das Wirtshaus ihre Zuflucht. Es gibt in Rumänien über 20 000 Kneipen, d. h. eine Kneipe auf je 200 Menschen! Da vergißt der alte Bauer seine jämmerliche Höhle und sein ganzes Lebenselend und vertrinkt sich seinen Kummer in dem alkoholstarken Blumenbranntwein, der Tsuica. Indes aber wird der Bojar reicher und reicher.

Kann man die Menschheitsrassen schon bei den Affen erkennen?

In einem Berichte über die Forschungen des Amerikaners W. K. Gregory zur Stammesgeschichte der Halbaffen und Menschenaffen, den Th. Arldt in „Den Naturwissenschaften" veröffentlicht, geht er auf die interessante Frage ein, ob die Menschheitsrassen sich auch schon bei den Affen erkennen lassen, und er meint, daß die drei Hauptstämme der Menschheit, die schlichthaarigen Weißen, die straffhaarigen Gelben und die wollhaarigen Schwarzen, die in den Mittelländern, den Mongoloiden und den Negern gipfeln, anscheinend auch schon in den Menschenaffenstufen getrennt waren, wobei die obigen Stämme der Reihe nach Schimpanse, Orang Utan und Gorilla zuzuordnen wären. Ja, diese Gliederung ist selbst bei älteren Stufen noch durch einige Beziehungen, wie durch die biologische Blutreaktion wenn auch nur unsicher, angedeutet. Die Entwicklung der Halbaffen muß dabei von der Nordatlantis ausgegangen sein. Im Westen der Südatlantis entwickelten sich aus ihnen im Alt-Tertiär die Breitnasen, und aus diesen im Osten die Schmalnasen und schließlich die Menschenaffen, die beide kurz vor dem Miocän nach Eurasien (Europa und Asien) gelangten und sich hier in mehreren Linien bis zu den Menschenstufen weiter entwickelten, am wahrscheinlichsten in Asien, wobei in dem Hauptentwicklungsgebiete die Schlichthaarigen vorwiegend im Westen, die Stoffhaarigen im Osten, die Wollhaarigen im Süden saßen. Bei der Weiterentwicklung von einer Stufe zur anderen dürften die klimatischen Verschlechterungen der einzelnen Eiszeiten einen Hauptanstoß gegeben haben. Die dritte (Riß-) Eiszeit scheint den Anstoß zur Erreichung der letzten Stufe gegeben haben, die zweite (Mindel-Eiszeit) den zur Bildung des Altmenschen, die erste (Günz-Eiszeit) den zur Entwicklung des Urmenschen. Indes ist darauf hinzuweisen, daß dies Annahmen sind, die noch dauernder Nachprüfung bedürfen.

Hut auf!

Bekanntlich ist seit ein paar Jahren eine Bestrebung im Gange, das — in vielen Fällen gewiß gesundheitsschädliche, in allen aber devote (denn es bedeutet uneigentlich ein Zeichen der Unterwerfung) — Grüßen durch Hutabnehmen und „die Mütze schwenken" durch Handanlegen, wie beim Militär zu ersetzen. Wie weniger bekannt zu sein scheint, hat vor hundert Jahren auch schon Goethe einmal auf seine Weise zu dieser Frage in folgenden Versen Stellung genommen:

„Ehret die Frauen! Begrüßt sie mit Reigen,
Begrüßt sie mit freundlichem, sittigem Beugen
Des bedeckten männlichen Haupts.
Glaubts dem Erfahrenen! Jede erlaubts!
Wollt ihr, trotz hippokratischem Schelten
Denn mit Gewalt das Genie euch erkälten?
Lasset die Hüte, die statlichen Mützen
Fest auf den Locken, auf Glatzen fest sitzen.
Grüßet mit Worten, grüßt mit der Hand,
Ehret die Sitte, schont den Verstand!"

Die jetzige Kälteperiode läßt es angebracht erscheinen, an diese Vorschläge zu erinnern.

Notizen.

— **Unser neuer Roman** — aus der Feder der bekanntesten politischen Schriftstellerin in der Uebersetzung von Stefania Goldenring — gibt ein höchst lebendiges Bild von den Leiden Polens. Der Titel „Polizeimeister" charakterisiert zugleich die ganze Aera der Unterdrückung und Korruption, zu der das unglückliche Land unter der russischen Knute verurteilt war. Aber es sind auch die idealen Kräfte aufgezeigt, die sich durch keine Gewalt besiegen ließen, die ihr alles einsetzten und sich selber opferten. Die Weltgeschichte hat einen anderen Schluß geschrieben als die Verfasserin ihn voraussetzen konnte. Wir hoffen: für immer.

— **Musikchronik.** Das Blüthner-Orchester veranstaltet am Sonntag, den 28. Januar, im Blüthnersaal einen Solistenabend. Mitwirkende: Kammersänger Friedrich Plaschke, Paul Scheinpflug, R. Lambinon und G. Zeelander.

— **Königliches Schauspielhaus.** Die nächste Aufführung von „Frau Inger auf Oestrot" findet Dienstag, den 30. d. M. statt.

— **Die deutschen Bühnenorganisationen** — sowohl Vertreter des Direktorenverbands wie der Genossenschaft — sind in Berlin zusammengetreten, um die Maßnahmen zugunsten der kriegsbeschädigten Bühnenmitglieder und die Wiedereinstellung aus dem Felde zurückgekehrter zu beraten. Es wurde ein Unterausschuß zur Fortführung der Angelegenheit eingesetzt.

Der Polizeimeister.

1] Ein russischer Polizeiroman

von **Gabryela Zapolska.**

Erster Teil.

I.

Was zur Nachtzeit im Städtchen geschieht.

Ein Schrei gellte durch die Luft.

Dann wurde alles still.

Doch furchtbar war der Schrei gewesen; er drang aus einem Mund, in den eine geballte Faust hineingezwängt wurde, aus einer Brust, auf der jemand kniend würgte. . .

Durch die Stille der feuchten Nacht tönte er aus der Ferne her, wo die Wellen des Flusses langsam fortrollten und einzelne spärliche Petroleumlaternen hoch über ihnen flackerten.

Nach einer Weile wiederholte sich der Schrei.

Jetzt klang er schwächer, wie von einem Menschen, der erschöpft in Ohnmacht fiel, ohne sich zu verteidigen oder auch nur eine Klage hervorbringen zu können. Dann hörte man nur noch ein Stöhnen, das sich tief über der Erde und den Pfützen des trocknenden Herbstschmutzes fortbewegte, auf denen die von Wäldern und Feldern herbeigewehten Blätter sich wie helle Schilder niederlegten.

Schließlich verhallte auch das Stöhnen und löste sich auf in der undurchdringlichen Finsternis, dem feuchten Nebel, der lautlosen Stille und in den verwesenden Blättern. Horski und Janka beschleunigten ihre Schritte, so daß Klitzki Mühe hatte, mit ihnen mitzukommen.

„Haben Sie keine Angst, meine Herrschaften, ich trage stets ein Gewehr bei mir," sagte der junge Mann.

Er fuhr mit der Hand in die Tasche und betastete eine zusammenlegbare Waffe, die mit einem Dolch versehen war.

„Wenn ich aus Bronowitze nach Krakau zurückkomme, trage ich diese Waffe stets bei mir. Sie ist mein treuester Gefährte."

Horski antwortete nicht. Er faßte die Tochter unter den Arm, und so gingen die drei über den holprigen, stellenweise festgetrockneten schmutzigen Boden an den Häusern entlang.

In der Ferne trat von weißen Häusern umgeben deutlich der Marktplatz hervor.

In dem einzigen Hotel waren das Tor und mehrere Fenster im ersten Stockwerk erleuchtet.

Menschen sah man nicht.

Als sie gerade den Marktplatz betreten wollten, ließ sich vom Wall her, der sich an der Weichsel erstreckte, ein neuer Schrei deutlich vernehmen.

„Mörder!"

Klitzki blieb stehen.

Sollte man nicht zu Hilfe eilen? Dort wird zweifellos jemand ermordet.

Aber Horski zog ihn rasch am Aermel.

„Gott bewahre! Nur sich nicht einmischen!"

„Aber hören Sie denn nicht ‚Mörder' rufen?"

„Trotzdem."

Janka fügte hinzu:

„Wir sind das schon gewöhnt."

Klitzki wurde durch diese Gleichgültigkeit unangenehm berührt. Er hätte in diesem reizenden Mädchen lieber weniger Egoismus gesehen.

„Ich bin aber kein Hiesiger und bin es nicht gewöhnt. Ich werde also zu Hilfe eilen."

Janka ließ den Vater los und zog Klitzki am Mantel.

„Herr Wladyslaw, bitte gehen Sie nicht! Sie kennen nicht die hiesigen Verhältnisse. Sie wissen nicht, daß es vielleicht nur eine Falle ist, in die jemand auf den Wall gelockt werden soll, um dort beraubt und hingemordet zu werden."

„Aber diese verzweifelte Stimme . . ."

„Sie ahnen nicht. Jene Leute verstehen Menschen- und Tierstimmen glänzend nachzuahmen."

„Wer sind denn jene Leute?"

Janka sah sich um.

„Die Polizei", flüsterte sie.

„Wie denn? Die Polizei ist doch dazu da, die Menschen zu schützen."

Horski begann langgedehnt zu lachen.

„Bei Ihnen in Galizien vielleicht, lieber Herr, aber hier ist es anders. Doch wir wollen weiter gehen."

Sie sprachen im Flüsterton, als fürchteten sie, ihre eigene Stimme zu hören. Ringsumher nahmen regungslose Schatten ihre Worte auf.

„Sie wissen nicht," begann Janka von neuem, „unser Polizeikommissar . . ."

Aber der Vater unterbrach sie schnell:

„Hier ist nicht der Ort für Erläuterungen, ich bitte dich! Willst du mich wieder in eine Affäre verwickeln?"

„Es ist doch niemand hier."

„Kannst du das wissen? Auch die Steine können hier hören und angeben. Laßt uns weitergehen!"

Sie gingen auf den Marktplatz zu. Kaum hatten sie einige Schritte gemacht, als sie das Aufklatschen bloßer Füße vernahmen, die hinter ihnen herliefen. Entsetzen faßte sie, denn ein Grauen durchwehte diese finstere Herbstnacht. Aber sie fürchteten, stehen zu bleiben und abzuwarten, wer aus der tiefen Finsternis zu ihnen herbeieilte.

Nur Klitzki trat ganz nahe zu Janka heran, so daß er an einer Schulter die Berührung ihres zarten, mit dem Aermel eines Pilischjacketts bekleideten Arms fühlte.

Er hielt die Waffe in Bereitschaft. Ein Gefühl der Freude überkam ihn, daß er diesem Mädchen in der sie bedrohenden Gefahr einen sicheren Schutz bieten konnte. Das Klatschen der bloßen Füße näherte sich mit Gewalt; es schien, als ob es auf einem elastischen Boden widerhallte. Man konnte jetzt genau unterscheiden, daß mehrere Leute liefen. Hinter ihnen hörte man auf den Pflastersteinen ein Klirren wie von benagelten Schuhen. Wie eine gewitterschwere Wolke wälzte sich das Ganze daher, als sollte es im nächsten Augenblick auf den Nacken der Wandernden niedersausen. Endlich liefen dicht an ihren Ellenbogen zwei barfüßige Männer in eigentümlicher, heller Kleidung vorüber. Der eine war barhäuptig, der andere hatte eine verwundete Hand. Als sie an Horski und Klitzki vorüberstürmten, erleuchtete das schwache Laternenlicht für einen Augenblick ihre Gesichter. Der eine war ein Jude, der andere ein junger Bursche mit bartlosem, pockennarbigem Gesicht. Sie sausten dahin wie der Wind und lachten, als ob diese Jagd zum Scherz veranstaltet wäre.

Nur der Jude, dessen Hand verwundet war, umwickelte die Finger, von denen das Blut auf den Anzug und das Pflaster tropfte, im Laufen mit einem Lappen.

Horski wich instinktiv mit der Tochter und dem jungen Klitzki zur Seite, und alle drei lehnten sich an die Mauer eines Hauses.

Kaum waren sie wieder zur Besinnung gelangt, als sie die Gestalt eines aus dem Dunkel auftauchenden Polizisten bemerkten, der den Fliehenden nacheilte.

(Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Figaros Hochzeit.**

Kammerspiele.
7½ Uhr: **Gespenstersonate.**

Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Die Ratten.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ U.: **Jan der Wunderbare**

Komödienhaus
7½ Uhr: **Die verlorene Tochter.**

Berliner Theater.
7½ Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**
Morgen nachm. 3½ Uhr:
Lisl's Märchenreise.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Julius Cäsar.**
Sonnabend: **Peer Gynt.**

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Die Bagdadbahn.
8 Uhr: **Dr. Hauser:**
Der Mensch
vor hunderttausend Jahren.

Theater für Freitag, 26. Januar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **La Traviata.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
7½ Uhr: **Der doppelte Buchhalter.**
Posse mit Gesang und Tanz.

Kleines Theater
8 Uhr: **Am Teetisch.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Der Puszta-Kavalier.**
Sonnt. 3½ U.: Staatsanw. Alexander.

Lustspielhaus
7½ U.: **Der selige Balduin**
mit Henry Bender.

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**
Sonntag 3½ Uhr: **Die Kaiserin.**

Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Schiller-Theater O.
7½ Uhr: **Will und Wiebke.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ U.: **Der Familientag.**

Thalia-Theater.
7½ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
7½ U.: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
7½ U.: **Willis Hochzeitstag.**

Circus Busch
Tägl. 7½, Sonn. u. Mtg. 3½ u. 7½ U.
das großartige Januarprogramm.
9 Uhr — Die erfolgreiche, beliebte Prunk-Ausstattungs-Pantomime — 9 Uhr
Die Geierprinzessin
Anläßl. des Geburtst. Sr. Majestät morgen nachmittag 3½ Uhr:
Einheitspreis für Militär 50 Pf.

Rose-Theater.
7½ Uhr: Gastspiel **Xaver Terofal** mit seinem Schlierseer Bauerntheater:
Wildes Blut.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Gastspiel **Fritzi Arco:**
Das Musikantenmädel.

Zirkus A. Schumann
Freitag, 26. Jan., abends 7 Uhr:
Generalprobe des vaterl. Spiels
Der deutsche Schmied.
Sonntag, 28. Jan., 3 u. 7½ Uhr:
2 große Zirkus-Vorstellungen 2
(Nachmittags 1 Kind frei.)
In beiden Vorstellungen:
Die Seeräuber
u. d. vollst. gr. Zirkusprogramm.
Montag, 29. Jan., abends 7 Uhr:
Zweite Aufführung
Der deutsche Schmied.

Voigt-Theater.
Badstr. 56. Badstr. 58.
Täglich:
Der Geizige.
Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 28. Januar:
Nachm. 3 Uhr: **Der Goldfuchs.**
Abends 7 Uhr: **Der Geizige.**
Ab Montag, den 29. Januar:
Das Schloß am Meer.

Apollo
Friedrichstr. an der Koochstr.
Anfang 7 Uhr 30 Minuten
Der glänzende **Varieté-** Spielplan.
Dazu
Neptun auf Reisen
Ausstattungsposse i. 3 Bildern von Frz. Arnold u. Ernst Bach.
Musik von Rudolf Nelson.
Stürmische Heiterkeit!
Prächtige Kostüme und Dekorationen.

Palast
Anfang 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
„Berliner Bilder"
Otto Reutter
u. d. große Januar-Programm.

WINTERGARTEN
Nur noch wenige Tage!
„Die grüne Flöte"
Ballettpantomime.
Inszenierung von
Max Reinhardt
sowie der
neue, abwechslungsreiche
Varieté-Spielplan.

Possen-Theater.
7½ Heute: Zum 1. Male: 7½
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Um 7½ Uhr: **Buntes Programm.**
Um 8½ Uhr: **Die Schlagerposse**
Einzig in Groß-Berlin
Zwei helle Berliner
Berliner Humor — Berliner Figuren
Sonntag 3½ Uhr: **Einer vom U-Boot.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu **„Cabaret Feldgrau"**
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr
Cabaret Feldgrau
Ermäßigte Preise!

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Große nationale Veranstaltung
des Hilfsbundes **„Mein Deutschland"**
anläßlich des **Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers.**
Unter Mitwirkung des **Berliner Konzerthaus-Orchesters,** Leiter: Komponist **Frz. v. Blon;** des Vortragskünstlers **Willi Karzin;** des **Berliner Sängervereins, E. V.** (Caecilia Melodia 1856), während der Kriegszeit unter Anschluß vom **Berliner Männergesangverein** und **Berliner Sängerkranz,** Dirigent: Kgl. Musikdirektor **Max Eschke;** des **Tambourkorps der Neuköllner Jugendkompagnien,** Dir.: Jungmann **Herm. Ressel.**
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Alle Vergünstigungen aufgehoben!

Berlin, Kottbuser Straße
Hchb.-Haltest. Kottbuser Tor — **VIKTORIA-THEATER** (früher Sanssouci) — Fernruf: Moritzpl. 14 814

HAGENBECK

Ständige Adresse: Hamburg IV. Fernruf: Gruppe I, 3527.
Hamburger Telegrammadresse: Elephantus.

Berliner Gastspiel — Eröffnung:

Abends 7½ Uhr — Sonnabend **27.** Januar — Abends 7½ Uhr

WELTSTADT-SPIELPLAN!

Täglich: Abendvorstellung um 7½ Uhr,
Sonntags Mittwochs Sonnabends
je 2 Vorstellungen nachm. 3½, abends 7½ Uhr.

Preise der Plätze (einschließlich Kartensteuer):

Stehplatz	55 Pf.	I. Platz, Mitte	1,64	Sperrsitz II	2,79
II. Platz	1,09	Parquett	1,95	Sperrsitz I. R.	3,39
I. Platz, Seite	1,40	Tribüne	2,19	Logensitz	4,49

Wochentags - Nachmittagsvorstellungen: Vorzugspreise.

Vorverkauf: Theaterkasse Kottbuser Straße 6, Fernruf Moritzplatz 14 814, sowie Theaterkassen Wertheim.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 28. Januar 1917, im großen Saal:

Unterhaltungs - Abend

der freien Turnerschaft Neukölln-Britz
zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen.

Zur Vorführung kommen: **Turnerische Leistungen — Gebrüder Herbst: Exentric-humoristische Vorträge — Elli Organti,** Vortrags-Soubrette **Emma Muschel,** Konzertsängerin, **ernste und heitere Lieder.**
Saaleröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Im Mahagoni-Saal: Erweiterter Restaurationsbetrieb.
Im Parterre-Restaurant: Doppel-Konzert.
Harry Herold, die Unterhaltungskanone — **Die Geschwister Ryt** mit ihren heiteren Vorträgen und Liedern zur Laute.

Trotz der Knappheit hat die Restaurationsleitung des Gewerkschaftshauses vorsorglich gesorgt und ist noch auf Monate versehen mit Wild und Geflügel aller Art und kommen Sonntag abend 50 Gänse und Wild auf die Abendkarte zu billigen Preisen.

Sonntag mittag:

Ochsenschwanzsuppe	0,25	Vierländer Ente	2,50
Kraftbrühe mit Einlage	0,25	Roastbeef bulgarisch	2,50
Rhein. Rüben mit Pökelfleisch	2,00	Kompott oder Salat	0,25
Bayer. Knödel mit Kraut	1,50	Speise	0,50

Heute u. morgen: Ein sehr billiger Schnellverkauf:
Ein großer Posten **Gänse** . . . . . a Pfund von **6,00 M.**
Ein großer Posten **Hühner** . . . . . a Pfund von **4,00 M.**
Der Verkauf erfolgt wegen der Einschränkung nur an gewerkschaftlich organisierte Mitglieder und das Buch legitimiert. 2

Solange Vorrat reicht

liefert die
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Die Neue Welt. Illustriertes Unterhaltungsblatt für Wissenschaft, Belehrung und Unterhaltung. Es sind vorhanden: Jahrgang 1899, 1901, 1908, 1909, 1911 bis 1915. Geschmackvoll gebunden 4,— Mk.

Marx, K., Das Kapital. 3 Bände. Halbfranz gebunden früher 35,— Mk., jetzt 25,— Mk.

Schlosser, Fr. Chr., Weltgeschichte. 20 Bände in 10 Bänden. Statt Gebd. 50,— Mk. für 35,— Mk.

Beyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reiseschilderungen aus Aegypten. Statt Gebd. 6,— Mk. für 1,50 Mk.

Mantegazza, P., Die Physiologie des Hasses. Statt 7,— Mk. für 1,50 Mk.

Petzet, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10,— Mk. für 3,50 Mk.

Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen Volksbildung" und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 Mk. für 1,— Mk.

Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20,— Mk. für 6,— Mk.

Sinclair, Der Industriebaron. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2,— Mk. für 0,50 Mk.

Preczang, Ernst, Die Glücksbude. Statt 2,— Mk. für 0,50 Mk.

Herzliche Grüße. Geschichten von **Großmann.** Statt 2,— Mk. für 1,20 Mk.
Aus dem Inhalt: Ein nächtlicher Ruf. — Der Verteidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staatsanwalt Dunker. — Die Hinrichtung.

Rehm, Herm. Siegfr., Das Buch der Marionetten. Statt Gebd. 12,— Mk. für 6,— Mk.

Ruppius, Otto, Amerikanische Reiseromane und Erzählungen. Jeder elegant gebundene Band ist einzeln zu haben und kostet statt 2,— Mk. 1,25 Mk.
1. Der Pedlar. 2. Vermißt. 3. Zwei Welten. 4. Vermächtnis des Pedlars. 5. Mary Kreuzer. 6. Eine Karriere in Amerika. 7. Buschlerche. 8. Geld und Geist. 9. Schulleherleben im Westen.

Außerdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclambändchen. Je 4 Nrn. für —,50 Mk.

Verkäufe

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 spottbillig farbfeblerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Leihhaus Moritzplatz 58a verkauft Skunksstolas, Muffen, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißfüchse, Pelzmäntel, Wagenpelze, Plüsch- und Astrachanmäntel, Kostüme, Ulster, infolge des Krieges statt 40—250 jetzt 20—125 Mark. Gelegenheitskäufe von Kavalieren im Versatz gewesene Jackett-, Rock-Anzüge, Ulster, teils auf Seide, Serie I 30—35, Serie II 36—45 Mk. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Uhren, Brillanten, enorm billig. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. +

Möbel

100! entzückende farbige Küchen sind ausgestellt. Auch lasiert in großer Auswahl. Reizende Anrichteküche mit Linoleumbelag, komplett 135.—. Elegante Anrichteküche 175.—. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur Andreasstr. 30.

Kaufgesuche

Leinölfirnis, Kilogramm 7 Mark, Standöl, Kilogramm 7 bis 8 Mark, Fußbodenöllacke, Emaillelacke, Bootslacke, Kilogramm 3—4 Mark, Kopal, Kilogramm 5 Mark, Bienenwachs, rein, Kilogramm 6 Mark, Schellack, Terpentinersatz und ähnliches kauft Walter, Thaerstraße 6. *

Sektkorken 20 Pfennig, Weinkorken 1 Pfennig, aller Art, Schallplatten, Walzen, jeden Posten, kauft höchstzahlend Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. *

Oel, Lacke jeder Art, Kilo 2—4 Mark, Terpentinersatz, Spiritislacke, kauft höchstzahlend Farbenindustrie, Boxhagenerstraße 24c, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße.

Kopal Kilo 5 Mark, Wachs 6 Mark, Schellack kauft höchstzahlend Farbenindustrie, Boxhagenerstraße 24c, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Leinölfirnis, Kilo 7 Mark, kauft selbst kleinste Mengen, Farbenindustrie, Boxhagenerstraße 24c, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Borax, Bienenwachs kauft höchstzahlend „Phönix"-Drogerie, Frankfurter Allee 33. 6/18*

Paraffin, Zeresin kauft höchstzahlend „Phönix"-Drogerie, Frankfurter Allee 33 6/14*

Firnis, Standöl kauft höchstzahlend „Phönix"-Drogerie, Frankfurter Allee 33. 6/15*

Kopal, Schellack kauft höchstzahlend „Phönix"-Drogerie, Frankfurter Allee 33. 6/16*

Kaufe alles, Firnis, Schellack, Bienenwachs, Paraffin usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Roack, Große Frankfurterstraße 25. 6/17*

Platinabfälle! Gramm bis 7,30 Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Kopal, spritlöslich, Kilogramm 5 Mark, kauft Walter, Thaerstraße 6.

Terpentinersatz kauft Walter, Thaerstraße 6. *

Platinankauf. Gramm bis 7,60, ebenfalls Ankauf alter Zahngebisse, Bestecken, Ringe, Schmucksachen, Ketten, Glühstrumpfasche zu gesetzlichen Preisen. Metallkontor John, gegründet 1903, nur Alte Jakobstraße 138 und Kottbuserstraße 1 (Kottbusertor). Moritz-platz 12858. Firma genau beachten.

Leinölfirnis Mark 7,—, Standöl Mark 8,—, Wachs, rein, Mark 6,—, Lacke Mark 4,—, Schellack bis Mark 13,— per Kilogramm. Terpentin, Terpentinersatz, Paraffin, Ceresin, Borax kauft, auch kleinste Mengen, C. Uhlicke, SO., Adalbertstraße 76. *

Schellack bis Mark 13 per Kilogramm, auch kleinste Mengen, kauft C. Uhlicke, SO., Adalbertstraße 76. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Bürstenmacher. Männer und Frauen zum Einziehen und Pechen verlangt Schächter, Memelerstraße 40.

Heizer sofort gesucht. Zu melden A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113, beim Maschinenmeister. *

Bauarbeiter und Arbeiterinnen werden für Arbeiten in geschlossenen Räumen für Kammerschwerke Wittenau, Wittestraße, sofort verlangt. Westphal, Baugeschäft.

Hausreinigung zu vergeben Kochhannstraße 38. †

Verkäuferinnen, tüchtige, für verschiedene Abteilungen sofort gesucht. Meldungen von 1—3 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Blusenarbeiterinnen für Crepede-Chine und Schleierblusen außerm Hause mit Vorlage suchen Lewit u. Wedel, Kommandantenstraße 10/11.

Perfekte Zuarbeiterin für Blusen und Kleider im Hause suchen Lewit u. Wedel, Kommandantenstraße 10/11.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstraße. *

Zeitungsausträgerin mit Hilfe sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Zeitungsfrauen für Hermsdorf und Waidmannslust sucht Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts"-Spedition, Wattstraße 9.

Zuschläger
verlangen **Oskar Fritz u. Co.,** Schöneberg, Eisenacher Str. 44.

Sattler und Sattlerinnen
besonders auf Brustblätter und Geschirre geübte, sofort und dauernd gesucht. **Militärsattlerei Erfurth,** 1795b* Neuenburger Str. 7.

Autogen-Schweißerinnen
auf Flugzeugteile sofort **R. Reske,** Neukölln, Bergstraße 182. 1800b

Musterblusennäherin,
Näherin, Stepperin in und außerm Hause, gute Sachen, höchste Bezahlung, auch Wochenlohn. 7/18 **Blusenfabrik Wall,** Neue Winterfeldtstraße 17.

Schlosser oder Mechaniker
militärfrei, zum Anlernen an Zigarettenmaschinen, sofort gesucht. *
Zigarettenfabrik Garbáty, Berlin-Pankow,
Hadlichstraße.

Kriegshilfsdienst
30 Holzfäller für Holzschlag, Spreewald, stellt ein gegen Tagesakkordlohn bis zu 11 Mark
L. Pekel & Co., Lübben N.-L.

Wir suchen **für dauernde Beschäftigung** und **bei gutem Lohn** für unseren Betrieb 4/11*
ungelernte Arbeiter
in größerer Zahl. Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an
Arbeitsnachweis
der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Autogenschweißer
für **Hochdruckrohrleitungen** bei hohem Lohn für **Kriegsarbeiten** zum sofortigen Eintritt sucht
Gebrüder Körting Aktiengesellschaft,
Alt-Moabit 3. 1802b

Mehrere junge Mädchen
für Innendienst und leichte Botengänge im Redaktions- und Druckereibetriebe verlangt. Zu melden in der
L **„Vorwärts"-Redaktion, Lindenstr. 3.**

20 kräftige Frauen
für Transportarbeit verlangt 2
Eisenhandlung C. A. Fesca & Sohn
Berlin-Lichtenberg, Herzbergstraße 127.